

Weggepreise:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.00 Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Kultur und Sport'...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die kleinste Anzeigenspaltweite 80 Pfennig...

Kapfen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 1. Juni 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Wirrwar in Warschau.

Die Menge demonstriert. - Die Fraktionen beraten.

Warschau, 31. Mai, 11 Uhr abends. (Eigener Drahtbericht.) Die Ablehnung des Präsidentenamtes durch Pilsudski...

Ueber das Ergebnis der morgigen zweiten Sitzung der Nationalversammlung läßt sich zur Stunde noch gar nichts sagen...

Bis zur Stunde kann eine Geneigtheit Pilsudskis, dem Drängen der Volksmassen Folge zu leisten...

Pilsudskis Ablehnungsschreiben.

Warschau, 31. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In dem Ablehnungsbrief Pilsudskis an den Sejmarschal Katak...

Das zweifelhafte in meinem Leben ist mit die Möglichkeit geboten worden, meine Tätigkeit im Sinne meiner historischen Ziele zu legalisieren...

Am Schluß des Briefes heißt es, daß ihm die Präsidentschaft nicht die Verfolgung seiner historischen Aufgabe erlaube...

Joseph Pilsudski, einst revolutionärer Kämpfer gegen die zaristische Fremd- und darum auch Gewalt Herrschaft...

Bedingung einer Erweiterung der Präsidentenrechte, besonders dahin, daß er das Parlament vor Ablauf seiner Wahlperiode...

Die Wahlhandlung erfolgt denn auch in voller Freiheit und ergibt für Pilsudski 99 Stimmen mehr als für seinen Gegenkandidaten...

Diese Begründung wird man zutreffend so verstehen, daß ihm diese Mehrheit wohl nicht ausreicht zu jener Verfassungsänderung...

Pilsudskis Verhalten seit seiner militärischen Aktion - deren Auslösung durch die Beschließung seines Hauses...

Es mag in der Geschichte nicht allzu selten vorgekommen sein, daß revolutionäre Kämpfer gegen den Absolutismus nachher in der konstitutionellen Monarchie oder in der Republik die treuesten Hüter des Bestehenden wurden...

her in der konstitutionellen Monarchie oder in der Republik die treuesten Hüter des Bestehenden wurden...

Was aber auch Pilsudskis Gründe zum Amtsverzicht sein mögen - die Tat an und für sich wirkt immer viel weiter als ihre Begründung...

Nachrichten der Fraktionen.

Warschau, 31. Mai. (W.T.B.) Die Lage in Warschau ist vollständig ungeklärt. Ein klares Bild wird sich erst nach den interfraktionellen Besprechungen...

Menschenopfer fallen unerhört!

Jahresbilanz im preussischen Bergbau: 113 169 Unfälle!

In der Nachkriegszeit, während der Ruhrbesetzung, sind die Kohlenbergwerke, die durch den Krieg in der Kriegszeit betriebenen Kautbau vernachlässigt worden waren, überholt worden...

Obenan stehen natürlich die Unfälle im Steinkohlenbergbau mit 82 213 von den 113 169 Unfällen insgesamt...

Wie der Steinkohlenbergbau obenan steht nach den Berufsgruppen, so der Bezirk Dortmund unter den Oberbergamtsbezirken...

bezirken, mit 62 745 Unfällen, nahezu der Hälfte aller Unfälle, und mit 984 tödlich Verletzten von 1180.

Für den Braunkohlenbergbau ist bezeichnend, daß die Zahl der Unfälle im Tagebau mit 4121, wovon 50 tödlich, ungleich größer ist, als die unter Tage mit 1650, wovon 33 tödlich.

In den übrigen Bergbauzweigen, den Erzbergbau unter Tage mit 2420 Unfällen, wovon 65 tödlich, und 3407 Unfällen, wovon 75 tödlich...

Neben dem Ruhrkohlengebiet im Dortmund-Bezirk ist der niederschlesische Kohlenbergbau im Bezirk Breslau den größten Gefahren ausgesetzt.

So trübt es auch wäre, nun ausnahmslos alle Unfälle und Todesfälle auf das Verhalten der Unternehmer zurückzuführen...

„Wahnsinnige Fürstenforderungen.“

Es fällt ihnen schwer, anständig zu sein.

Köln, 31. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die unerhörte Forderung der Herzogin Julia, die, sich stützend auf Bestimmungen des Versailler Vertrages, das Deutsche Reich auf Zahlung von 14,5 Millionen verklagt hat, ist nunmehr auch dem Teil der Zentrumspresse zuwider, der sich bisher zur Fürstenabfindungsfrage zurückhaltend äußerte. Die „Kölnische Volkszeitung“ sagt dazu: „Als die Forderungen einiger Fürstenmütterlein bekannt wurden, sagte man sich, daß nun der Gipfel erstiegen sei. Es scheint, daß wir doch noch dies und jenes zu erwarten haben. Wenn nämlich eine deutsche Fürstentochter es fertig bringt, den Versailler Vertrag, unter dessen Lasten das ganze deutsche Volk schmachtet, gegen ihr Vaterland ins Feld zu führen, dann fragt man sich, wie weit wohl der Synismus noch folgen wird, der hinter der wahnsinnigen Millionenforderung steht. Es fällt wirklich schwer, gerecht zu bleiben, wenn es einigen Fürstenfamilien schwer fällt, anständig zu sein. Man mündert sich bei dieser Sachlage, daß es in Deutschland noch immer Monarchisten gibt.“

Der Braunschweiger.

Aus Braunschweig wird uns geschrieben:

Die schwarzweiße Landesregierung hat dem Braunschweiger Weissen das Recht gegeben, aus den Braunschweiger Schlössern noch zu holen, was dem Rimmerfalten begehrt erscheint. Dieses Recht hat er inzwischen eifrig ausgenutzt. Unser Braunschweiger Parteiblatt veröffentlicht eine Riesensliste von Gegenständen, die der Welfe vor einigen Monaten im Einverständnis mit der Regierung sich angeeignet hat. So wurden ihm sämtliche Möbel, Silberfachen, Gemälde, Leinen- und Bettvorräte des Schlosses Blankenburg übergeben, aber auch im Schlosse zu Braunschweig hat er durch seine Beauftragten tagelang ausräumen lassen. Er erhielt bisher: 61 Kisten und einen Wachtorb voll Silberfachen, 347 zum Teil sehr kostbare Möbelstücke, 70 Gobelins, 70 Gemälde. Die Aneignung erfolgte wahllos, denn in dem Uebergabevertrag heißt es:

„Für den Fall, daß sich hierunter nicht zum ehemaligen Hofstaat gehörige Stücke befinden sollten, sind die Rechte daran ausdrücklich vorbehalten.“

Der Welfe, der noch über eine prächtige Besetzung in Gmunden, über einen Riesenschatz und über eine kostbare Gemäldesammlung verfügt, von der er vor einigen Monaten mehrere Bilder für fast eine Million gegen ausländische Zahlungsmittel verkaufte, hat also nun von dem kleinen Ländchen fast 53 000 Mark an Land, zwei Schlösser, vier Domänen und die obengenannten Möbel und Wertgegenstände erhalten. Doch damit soll die Ausplünderung noch nicht zu Ende sein. Er hat nach dem Vertrag mit der Landesregierung das Recht, noch bis zum 1. Juli 1926 weiter zu ramschen, falls nicht vorher durch Volkenscheid dem Skandal ein Ende gemacht wird. Besser als durch diese unerhörten Vorgänge kann wohl die Notwendigkeit des Volkenscheids auf Enteignung der Gzürsten nicht begründet werden.

Kommunisten gegen Volkenscheidpropaganda.

Infolge des Beschlusses des Reichstages, nur die letzten acht Tage vor dem 20. Juni sühungsfrei zu halten, ist die Beteiligung aller verfügbaren Kräfte des Landtages für den Volkenscheid nun so notwendiger. Dennoch brachte gestern der Kommunist Buch im Fremdenausschuß des Landtages den Antrag ein, den Ausschuß bis zum 20. Juni täglich zusammenzutreten zu lassen. Umsonst bemüht sich unsere Genossen, ihm klarzumachen, daß sein Antrag auf eine Schädigung der Agitation für den Volkenscheid hinausläufe. Er blieb unerschütterlich. Die Deutschenationalen, Volksparteier und Wöllischen erkannten sofort die Auswirkung des Obuachens Vorschlags und stimmten dafür. Nur mit Hilfe der demokratischen und Zentrumsmitglieder des Ausschusses gelang es, den Verstoß Obuachs abzuwehren.

Die Dichterakademie.

Von Paul Gutzmann.

Die Mission des Dichters kann verschiedener Art sein. Er kann, wie der Rater und Rusker, reine Kunstgebilde schaffen, von denen er annimmt, daß sie durch ihren Gehalt an feinsten Wärme, an bunter Fülle der Phantasie oder durch sonstige künstlerische Eigenschaften auf den Leser oder Zuhörer wirken. Er kann aber auch seine ihm von der Natur verliehene Gabe als stilles Amt ausüben, sich als den Erzieher der Nation oder gar der Menschheit betrachten, seine Phantasie einem höheren Zweck unterordnen. Die erste Gattung, derjenigen Künstler, die um der Kunst willen schaffen, ist in Deutschland häufiger, die andere in Frankreich, Rußland, Skandinavien. Unter allen großen deutschen Dichtern ist vielleicht nur einer, Friedrich Schiller, gewesen, der bemüht seine Dichtung als Sprachrohr stillescher und daher im höchsten Sinne politischer Zwecke benutzte. Die große französische Revolution hat daher einen guten Instinkt bewiesen, als sie unter die ersten Ritter der Ehrenlegion ihn aufnahm. Eine durchaus unpolitische Generation hat hingegen ihre Instinkte verraten, indem sie den Dichter der „Käuber“ als „Moraltrampeter von Säuglingen“ verächtete. Nie ist ein deutscher Dichter mit solchem Löwenmut für eine große Sache eingetreten wie Emile Zola; nie hat er sein Herzblut für die Menschheit vergossen wie Romain Rolland. Wir haben keinen Heiligen wie Tolstoi, der seinen Weltberuf geringer achtete als die Werte der Nächstenliebe, keine für die Unterdrückten erglühende Seele wie Dostojewski, nicht einmal einen Ibsen, der der Verachtung seines Vaterlandes müde getropft hat. Was der freigeistige Lessing, was Jean Paul an neuen und kühnen Dingen zu sagen hatten, skeidierten Sie in das Gewand anmutiger Fabeln. Und Heinrich Heine, der Sänger einer anbrechenden Morgenröte, wird zum Dank für seinen Freimut von der Nation nicht als der Ihrige anerkannt!

Der Gegensatz zwischen dem Dichter, als über den Wolken thronender Schöpfer, und dem im Tageslärm stehenden Verkünder der Qualen und Hoffnungen seiner Zeit ist durch den Verdacht Gerhart Hauptmanns auf das ihm angetragene Ehrenamt eines Mitgliedes der Akademie für Dichtung wieder ins Tageslicht gerückt. Vielleicht hat Hauptmann recht, wenn er sich von dem Wirken einer Akademie für die Entwicklung der Dichtkunst als solcher wenig verspricht. Ihre Regeln sind nicht durch Unterricht erlernbar wie die anderer Künste; ihr innerstes Wesen ist Unabhängigkeit. Wir wissen auch, daß eine Akademie sehr undudksam sein kann, wie die französische in den Fällen Zola und Anatole France. Aber das Wesen aller menschlichen Einrichtungen ist Unvollkommenheit, und wie Arno Holz richtig ansetzt, sind Akademien das, was Akademiker aus ihnen machen. Zum erstenmal ist der preussische Staat an den Dichter als einen Berufenen zur

Der Braunschweiger Prozeß.

Stözl's Telephongespräch — Am 25. Mai.

Braunschweig, 31. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Im Stözl-Prozeß stellten die Verteidiger den Antrag, Gutachten des Thüringischen Justizministeriums und des Reichsministeriums des Innern einzuholen, durch die bewiesen werden kann, daß Beamte, die 3. Klasse gefahren sind und 2. Klasse liquidiert haben, lediglich im Disziplinarverfahren verurteilt wurden und der eine Beamte sogar in eine höhere Stelle befördert wurde. Auf die Einholung dieser Gutachten wird verzichtet, da die Befundungen der Verteidiger die Wahrheit ergeben haben.

Zu der Entnahme der Schulbücher aus der Bibliothek des Landeschulrats sagt Stözl, daß Rezensionsexemplare nach Prüfung des Buches in den Besitz des Prüfenden übergingen. Sein Vorgänger hätte sicher ebenso verfahren, da er ja im Landeschulratsamt überhaupt keine Bücher vorgefunden habe. Stundenlang wurde verhandelt, ob ein Landeschulrat, der Chef der Unterrichtsbehörde eines Landes ist, berechtigt sei, dienstlich mit einem Operettenhause zu telephonieren und ob er sich auch über die Vorstellungen eines Operettenhauses auf dem Laufenden halten dürfe. Diese schwerwiegende Frage mußte deswegen entschieden werden, weil man feststellen wollte, ob der Landeschulrat eventuell die Telephongebühren bezahlen müsse. Nach der Vernehmung des Angeklagten Landeschulrat Stözl wurde mit der Beweisaufnahme begonnen. Die Zeugen werden immer wieder nach den angeblich privaten Telephongesprächen mit den Theatern gefragt. (Der liegen gelassene Schal, der sich jetzt als ein Kragenschoner entpuppt, spielt dabei eine sehr bedeutende Rolle.) Ferner werden sie nach einem Gespräch mit einem Zahnarzt gefragt, der die Schulzahnpflege in Braunschweig übernehmen soll und der gleichzeitig auch Stözl's Zähne behandelt. Und als Stözl zugibt, einmal privat telephoniert zu haben und dieses eine Mal auch tatsächlich als bezahlt festgestellt wird, meint der Staatsanwalt, daß ein moderner Mensch in mehreren Jahren unmöglich nur einmal privat telephoniert haben könnte. Dramatisch wird die Verhandlung als die Beamten vernommen werden, die Stözl bespitzelt haben. Ein Sekretär Köhler, etwas schwermütig und während des Krieges trotz vorliegender Verfehlungen auf stilkem Gebiete wieder in den Staatsdienst eingestuft, hat sich eifrig Notizen gemacht und jedes Schulbuch aufgeschrieben, das der Landeschulrat mit nach Hause nahm. Ob der Landeschulrat dazu berechtigt war, kann er allerdings in jedem Falle beurteilen. Er ist der Meinung, daß Stözl die Bücher, auch wenn es sich um Rezensionsexemplare gehandelt habe, nicht mitnehmen durfte. Gewaltige Arbeit hat der Sekretär Bode geleistet. Er legte zwei dicke Foliohefte sogenannter Abwehrrichtungen vor. Angeblich hat sich Stözl über seine Untergebenen auch Notizen gemacht. Der Mann hat auch heimlich in eingegangene Bücher, die vom Verleger dem Landeschulrat kostenlos zur Verfügung gestellt worden waren, auf bestimmten Seiten, die von ihm notiert wurden, kleine Notizen vorgenommen. Er durchsuchte 1-Punkte mit der Stecknadel und robierte einzelne Buchstaben vorsichtig aus, um zu kontrollieren, ob die Bücher mitgenommen und eventuell zur Rücklieferung wurden.

Ueber die Dienstreisen, die angeblich zu Privatzielen unternommen sein sollen, vermochten die beiden Zeugen nichts Wesentliches auszusagen. Der Wertgegenstand, um den hier schon in zwei Instanzen verhandelt wird, und in erster Instanz dem sozialdemokratischen Landeschulrat zwei Monate Gefängnis wegen Amtsunterschlagung einbrachte, dürfte insgesamt 25. Goldmark nicht übersteigen. Trotzdem wird in den nächsten Tagen neben den anderen Zeugen auch noch der jetzige schwarzweiße Justizminister Marquardt und die früheren Minister Steinbrecher und Dr. Jasper vernommen werden. Auch der Staatsanwalt hat nach Ruhmannschem Muster sogar Reisen in den Harz unternommen, um noch weitere Zeugen zu bekommen.

Die russische Hinzichtungsreise. Auf Befehl des Obergerichtshofs ist in Rostow der Kanzleichef des Arbeits- und Verteidigungsrats Litoff wegen Spionage zugunsten Englands und Rumäniens erschossen worden.

„Die Wölfe.“

Freispruch eines Pazifisten.

Leipzig, 31. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In dem Verlag „Die Wölfe“ erschien bis zum Jahre 1924 ein von dem Schriftsteller Vogel verfaßtes Buch „Es lebe der Krieg“. In ihm werden die Frontverhältnisse eines Gefreiten Müller wiedergegeben. Die Absicht des Verfassers war, die Grausamkeiten und Bestialitäten des Krieges naht und rücksichtslos darzustellen. Gegen dieses antimilitaristische kriegsfeindliche Werkchen schritt die Staatsanwaltschaft ein und erhob Anklage wegen Gotteslästerung und Verbreitung ungesünder Schriften. Dem Gericht lagen Gutachten prominenter Persönlichkeiten vor, u. a. von Thomas Mann, Fik von Unruh, Käthe Kollwitz, Frau Dr. Helene Stöcker, Dr. Magnus Hirschfeld; die dieses Buch als ein erhellendes Kunstwerk bezeichnet hatten. Trotzdem verurteilte das Schöffengericht in Leipzig am 14. Januar d. J. den Verfasser zu 500 M. Geldstrafe oder 25 Tagen Gefängnis und drei weitere Angeklagte zu 100 M. bis zu 1000 M. Geldstrafe. Gegen dieses Urteil war von den Angeklagten Berufung eingelegt worden, und die zweite Instanz des Landgerichts in Leipzig beschäftigte sich in zweitägiger Verhandlung nochmals mit dieser Sache.

Der Verteidiger Vogels, Genosse Dr. Rosenfeld-Berlin, stellte den Antrag, Kunstfachverständige hinzuzuziehen, da es sich hier um ein Kunstwerk handele und es notwendig wäre, Künstler über die Tendenz und den Wert des Buches zu hören. Die vom Gericht geladenen Sachverständigen Dr. Wichmann und Professor Dr. Jolles von der Universität Leipzig erstatteten ihr Gutachten. Wichmann legte dem Gericht dar, daß der in der Broschüre von dem Zeichner Berlin gezeichnete Bildsinn weder aufreizend noch stilklich verlegend gerichtet habe. Professor Dr. Jolles bezeichnet die Vogelsche Broschüre als ein Werk von hohem literarischen Werte. Der Verfasser habe nur seine Ergebnisse im Kriege wiedergegeben; stilklich verlegend wirke das Buch nicht. Wohl sei er als Schriftsteller, wie ihm das inkriminierte Werk zeige, noch nicht reif, jedoch bezeichnete er Vogel als einen wahrhaften Realisten. Auch die Gutachten der von der Verteidigung geladenen Sachverständigen Frau Dr. Helene Stöcker und Dr. Hiller lauteten für den Angeklagten Vogel äußerst günstig. Das Buch Vogels sei von ungeheuerlichem stilklichen Ernste getragen und wirke nicht unästhetisch. Ob das Buch einen literarischen Wert hat, mußten beide bejahen.

Rechtsanwalt Genosse Dr. Rosenfeld beantragte die Freisprechung. Es handle sich hier nicht um einen Fall Vogel, sondern um die Kunst und die Justiz. Das Gericht sollte diesem Antrag und sprach Vogel und Berlin frei. Die beiden anderen Angeklagten wurden wegen Vertriebs von verbotenem Schriften zu 200 M. bzw. 60 M. Geldstrafe verurteilt.

Hartes Urteil.

Natürlich gegen eine Kommunistin.

Leipzig, 31. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In viertägiger Verhandlung hatte sich vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehen gegen das Republikshutgesetz der kommunistische badische Landtagsabgeordnete Max Block aus Vörrach und die frühere Landtagsabgeordnete Frau Frieda Unger aus Bahr in Baden zu verantworten. Den beiden Angeklagten wird zur Last gelegt, Ortsgruppen sowie protestantische Hunderkschaften im August und September 1923 (i) gebildet und zur Bewaffnung der Arbeiterschaft aufgefordert zu haben. Das Gericht verurteilte die Angeklagte Unger wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Vergehen gegen das Republikshutgesetz sowie wegen Rötigung zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 500 Mark Geldstrafe. Das Verfahren gegen Block wurde auf Grund des Amnestiegesetzes eingestellt. Frau Unger wurde sofort in Haft genommen.

Lloyd George und die Arbeiterpartei. Der „Daily Herald“ erklärt, Lloyd George würde die Arbeiterpartei ebenso zerpfücken, wie er das mit dem Liberalismus getan hat. Die abtühnenden Ausführungen des Arbeiterblattes sind als ein Wink an Lloyd George zu betrachten, sich von irgendwelchen Annäherungsversuchen an die Arbeiterpartei, die in den letzten Tagen trotz aller Dementis stattgefunden haben, keinen Erfolg zu versprechen.

In Schanghai gab es am Jahrestag der Erhebung von 1925 Demonstrationen, nach englischen Meldungen auch Angriffe auf Fremde. Geschosse wurde nicht.

politischen Mitarbeit herangetreten. Zur politischen, das muß betont werden; denn alles Wirken auf die Mitmenschen ist Politik. Verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß der Dichter nichts mit Politik im höchsten Sinne zu tun habe. Man kann mit Geißel und artistischer Spielerei, die als Intermezzo ihre Reize haben, ein ganzes Zeitalter verschlafen. Man kann, wie Dante, der Erwecker und Verkünder einer ganzen Nation sein. Gerhart Hauptmann hat die auf ihn gefallene Berufung abgelehnt. Er tat es mit einer Begründung, wie es in ähnlichen Fällen viele Republikaner tun, die meinen, daß die Republik auch ohne sie fertig werden wird. Die jüngere Generation, die politischer zu denken gelernt hat, wird ihm nicht Dank wissen, daß er seine große Autorität nicht dazu benutzte, um unmittelbaren Einfluß auf das geistige Leben zu gewinnen. In einer Zeit, wo der Geist bedroht ist als je, muß jeder Kämpfer auf seinem Posten sein. Wieder eine veräurte Gelegenheit, wie so viele im geistigen Leben Deutschlands. Regsamkeit scheint es bei uns nur zu geben, wenn die Reaktion aufheult, wie im Fall der Jenenser Professoren. Johann Christoph, der deutsche Dichterkomponist, der in Paris auf die Barrikade sprang, um für Menschenrechte zu kämpfen, ist die Erfindung eines Franzosen.

100. Geburtsstag von Karl Beckstein. Am 1. Juni 1826 wurde Karl Beckstein, der Gründer des weltberühmten Flügelhauses, geboren. Seine ersten Flügel baute er allein; nur ein einziger Tischler war seine Hilfe. Als drei Instrumente fertig waren, erkannte Bälou deren Qualität und nannte Beckstein schon 1857 den „bedeutendsten Flügelmann“ Deutschlands. Dilem Urteil schlossen sich bald Bilz und andere große Musiker an. Während bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts öffentlich nur französische Klaviere gespielt wurden, setzte mit dem Namen Beckstein die Weltbeherrschung des deutschen Flügel ein. In Berlin (Johannisstraße) steht das Gründerhaus, aber das Unternehmen erweiterte sich von Jahr zu Jahr, und 1879 mußte in London eine eigene Fabrik gegründet werden. Der Beckstein-Flügel steht in bezug auf Größe, Schönheit, Stabilität des Tons an der Spitze aller Klaviere. Die Söhne Karl Becksteins betreten mit ererbter Lastrast und Rönnerschaft das Erbe des Vaters. Ein Pionier deutscher Weltgeltung und deutschen Fleisches ist Beckstein gewesen, persönlich ein freibekender, bescheidener, allem Neuherrlichen abholder Mann, dessen Herz für die Arbeit und für die Arbeiter schlug.

Vitaminhaltige Margarine. Die Margarine unterschied sich bisher von der Butter in erster Reihe dadurch, daß sie kein Vitamin enthielt, da die Pflanzenfette, aus denen im allgemeinen die Margarine hergestellt ist, im Gegensatz zu den tierischen Fetten Vitamine nicht in sich bergen. Dieser Fehler, der der Margarine anhaftete und ein großer Nachteil bei der Verwertung im Haushalt war, wurde dadurch gut gemacht, daß viele Margarinefabriken sich angelegen sein ließen, der Margarine auch tierische Fette zuzusetzen, daß der Mangel an Vitaminen nicht in dem Maße bemerkbar war, wie es eigentlich hätte sein müssen. Nun ist vor einiger Zeit

in Norwegen eine Erfindung gemacht worden, der Margarine den vollen Vitamingehalt der Butter zuzusetzen, so daß die Margarine sich an Nährwert von der aus Sahne hergestellten Naturbutter nicht mehr unterscheidet. In welcher Art diese Vitaminisierung der Margarine vor sich geht, wird nicht mitgeteilt. Aber es ist anzunehmen, daß der Hergang in der Verwendung von ultravioletten Strahlen besteht, da bekanntlich Verjude mit ultravioletten Strahlen dahin geführt haben, daß vitaminfreie Nahrungsmittel durch die Bestrahlung vitaminhaltig wurden. Die ultravioletten Strahlen wurden bekanntlich — wie wir vor kurzer Zeit mitteilten — dazu benutzt, zum ersten Male Vitamine künstlich darzustellen. Durch Bestrahlung von vitaminlosen Fetten mit ultravioletten Strahlen wurden Vitamine erzeugt. Es ist anzunehmen, daß diese Methode auch bei der Herstellung von vitaminhaltiger Margarine verwendet wird. Von einer Bearbeitung der Margarine, die in Deutschland in diesem Sinne vorgenommen wird, ist augenblicklich noch nichts bekannt geworden. Es ist aber anzunehmen, daß bei der großen Bedeutung, welche diese Frage für die Entwicklung der Margarineindustrie und für die Volksgesundheit hat, auch in Deutschland die Margarinefabriken daran gehen, ihre Erzeugnisse auf irgend eine Weise vitaminhaltig zu gestalten.

Die „Kassa Kabanowa“ in der Städtischen Oper. Beos Janocels neueste Oper hatte in der Städtischen Oper guten Erfolg. Der 73jährige Komponist durfte sich im Kreise seiner Helfer oftmals zeigen. Das Werk repräsentiert eine Gattung, die zwischen nationalfeindlichem Volksstück und dramatischer Handlung schwankt, zittert, psychologisiert. Die Synthese ist nicht vollendet. Die Szenen stehen unermittelbar nebeneinander, als es dem deutschen Theatergeschmack entspricht. Auch musikalisch ist kein Neuland erschlossen. Aber die vornehme Haltung einer großen musikalischen, nur vom Gefühl getragenen Partitur, abseits der Heersirabe, bezwang die Menschen.

Millionenmal größer als die Sonne. Vor der Britischen Astronomengesellschaft hielt Dr. Steavenson einen Vortrag über den von Dr. Max Wolf im kosmischen Nebel entdeckten neuen Stern. Nach dem Spektrum des Sternes muß angenommen werden, daß dieser neue Stern einige Millionen Male größer und heller ist als die Sonne. Die Fortschritte im Teleskopbau, die in den letzten Jahren erzielt worden sind, machen es wahrscheinlich, daß die Wissenschaft bald noch nähere Einzelheiten über diesen neuen Stern in Erfahrung bringen wird.

Verhören-Freier der Volksbühne. Kurt Schnabel wird in der Volksbühne an sieben aufeinanderfolgenden Sonntagvormittagen im Januar und Februar 1927 sämtliche Klavierkonzerte Ludwig van Beethovens zum Vortrag bringen.

Festspiele im Harz Bergtheater. Der Harzer Festspielbund hat das Harzer Bergtheater gepachtet und wird dort vom 25. Juni bis 25. August Festspiele veranstalten. Der Spielplan beläuft: „Das Jahr moit“, „Reichsleid und Ruh“, „Nächten von Heilbrunn“, „Die Räuber“, „Janu 1“ und eine Uraufführung.

Ein acht Meter hohes Standbild Lenins ist in Leningrad fertiggestellt worden. Es wird an einer erhöhten Stelle der durch den Kautskus führenden Grünsingen Querstraße aufgestellt werden.

Die Feme.

Der Femeauschuss des Preussischen Landtags nahm am Montag seine Verhandlungen wieder auf.

Abg. Kuttner (Soz.)

gab als Berichterstatter ein Bild vom Inhalt der Akten über Grütze-Lehder, die fünf Bände umfassen. In ihnen befinden sich Notizen darüber, daß Müller-Dammers nicht nur mit dem Kronprinzen, sondern auch mit dem Haus Doorn in Briefwechsel gestanden hat. U. a. ist eine Bleistiftnotiz verzeichnet: „Stimmt, siehe Belegstücke!“ Kuttner bemerkt dazu, diese Belegstücke seien im Aktenordner nicht vorhanden. Bei der Hausdurchsicht in der Wohnung der Adopтивeltern, Grütze-Lehders wurden 34 Briefe aus Cesterreich vorgefunden, in denen u. a. berichtet wird, daß Grütze-Lehder einer Einladung des Prinzen Lippe Folge geleistet habe und auf dessen Schloß in der Salzammergut ein faules Herrenleben führe. Prinz Lippe habe ihm auch Hilfe zugesagt. Im übrigen geht aus den Akten hervor, daß Grütze-Lehder mehreren Personen erklärte, er müsse den Spieß Dammers auf höheren Befehl erschlagen. Weiter wird ersichtlich, daß die Verteidiger die Heranziehung der Akten der ungarischen Staatsanwaltschaft verlangten. Darin befanden sich die ehrenwörtlichen Erklärungen der völkischen Abgeordneten Graefe und Renikow, daß die Tat Grütze-Lehders eine politische sei. Diese ehrenwörtlichen Erklärungen würden nach der Ansicht der Verteidiger möglicherweise interessante Streiflichter auf die Tat werfen. Die Akten aber sind, wie Kuttner betont, vom Gericht nicht herangezogen worden. Das sei weiter nicht auffallend, denn die einzige Folge eines Kassibers, in welchem Grütze-Lehder völkische Abgeordnete belästigte, war, daß er drei Tage Dunkelzelle bei Wasser und Brot als Disziplinarstrafe erhielt. Nach seiner Verurteilung hat Grütze-Lehder aus dem Gefängnis in einem Brief vom 7. Februar 1926 an seinen Adopтивater seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, daß er vor dem Untersuchungsausschuss des Landtags vernommen werde. „Nun ist der Skandal da,“ so heißt es in diesem Brief, „ich habe ihn aber nicht gewollt. Wulle, der lebt in seinen Organen großartige Geistesmacht, wird bald Gnadengesuche machen, und wenn Ahlemann nicht sofort flieht, wird er es bereuen.“

Bemerkenswert ist noch ein Brief des Adopтивaters Grütze vom 21. März 1926 an den Beurteilten, worin es heißt: „Mein lieber Junge, der bist Du und bleibst Du für immer. Wenn solche Ungerechtigkeiten vorkommen wie Deine Verurteilung, wo Du doch angeklagt bist, dann will ich auch nicht mehr die „waterlandslofen Gesellen“ beurteilen, dann begreife ich alles.“

Der Rest der Beratungen des Ausschusses wurde ausgefüllt von der Berlesung von Briefen, die die völkischen Führer, die Abgeordneten Wulle, Kube sowie Oberstleutnant a. D. Ahlemann und Herr von Lettenborn an den Ausschuss gerichtet haben. Jeder der Briefschreiber betont hoch und heilig, zu dem Mord und zu den Attentatsplänen Grütze-Lehders keine Veranlassung gegeben zu haben. Oberstleutnant Ahlemann erklärt, die Wahrheit des Auschusses werde doch kaum glauben, daß ein reifer Mann, der im Weltkriegsregimentsführer war, auf die Anregung eines 17jährigen Jünglings diesem den Auftrag zu einem Attentat gibt. Wenn ein Attentat gegen Severing geplant gewesen sei, wären unter den alten, erprobten Männern des Weltkrieges mit Sicherheit mehrere gefunden worden, die ein solches Attentat nicht nur geplant, sondern auch durchgeführt hätten. Der Ausschuss nahm diese Mitteilung mit lebhaftem Hör! Hör! entgegen.

Selbstverständlich stiegen die Schreie der schwerbelasteten völkischen Abgeordneten von plumpen Beschimpfungen des Ausschusses. Vor allem ist es wieder Kube, der durch besondere Flegelhaftigkeit sich auszeichnet. Er erklärt, eine eidesstattliche Versicherung sei ihm heiliger, als den Novemberverbrechern und Ehrabschneidern der Eid heilig gewesen sei.

Vorläufige Vertagung.

Der Ausschuss beschäftigte sich noch in einer nichtöffentlichen Sitzung mit der Geschäftslage. Der Berichterstatter, Abg. Kuttner (Soz.), warf die Frage auf, ob man jetzt weiterverhandeln solle oder ob eine Resolution mit schwebenden Gerichtsverfahren davon zu befürchten sei. Oberjustizrat Dr. Wurz vom preussischen Justizministerium teilte mit, daß auch im Falle Kube vom Reichsministerium des Innern beim Reichstag inzwischen die Aufhebung der Immunität beantragt worden sei. Abg. Heilmann (Soz.) bezeichnete es als unzulässig, von Seiten des Ausschusses das in Entwicklung befindliche Strafverfahren zu beeinflussen.

Nach eingehender Debatte wurden Anträge, die Vernehmungen in der Volkstentfaltungspause des Plenums fortzusetzen oder die Herren Wulle, Kube und Ahlemann in Abendsitzungen zu vernehmen, abgelehnt. Beschlossen wurde, die Verhandlungen zu Beginn der Sommerferien des Plenums (nach dem 10. Juli) fortzusetzen. Nur der Fall Jahnke soll in einer Abendsitzung zwischendurch erledigt werden.

Bestrafter Fememörder.

Leipzig, 31. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Student Erich Franz aus Schwerin wurde am 1. Dezember 1925 wegen Richtanzeige eines drohenden Verbrechens des Mordes vom Schwurgericht Schwerin in Mecklenburg zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. In den damaligen Tagen des Kapp-Putsch gründeten sich allerorts private Organisationen, die militärischen Charakter annahmen und später die Fememorde ausführten. Zu der Formation Buchrucker, die sich in Mecklenburg-Schwerin niederließ, hatte sich ein gewisser Beyer gemeldet, der von dieser Organisation als Spieß betrachtet und deshalb „erledigt“ werden sollte. Der Angeklagte Franz hatte hiervon in einer Sitzung Kenntnis erhalten und den Auftrag bekommen, Gift hierfür zu besorgen. Inzwischen wurde Beyer von einem anderen Mordgelingen in der Nacht zum 16. Dezember 1923 bereits erschossen. Der 3. Strafsekt des Reichsgerichts verwarf am Montag die gegen das Urteil eingelegte Revision.

Studententerror gegen Professor Lessing.

Auch der Rektor wird überschrien.

Hannover, 31. Mai. (W.B.) Heute nachmittag wurde Professor Lessing beim Betreten der Technischen Hochschule von einer dichtgedrängten Menge Studenten empfangen, die Treppenhäuser und Treppen besetzt hielt. Professor Lessing versuchte unter dem Schutze des Rektors seine Vorlesung abzuhalten, wurde aber durch lärmende Kundgebungen der Studenten unterbrochen. Eine Mahnung des Rektors an die Studenten zur Ruhe blieb ohne Erfolg. Schließlich schritt der Rektor zur Abnahme der Studentenausweise, die auch von fast allen Studenten verabsagt wurden. Trotzdem setzten die Studenten ihre Kundgebungen fort, so daß sich Professor Lessing schließlich veranlaßt sah, die Vorlesung abbrechen. Der Vorstand der Studentenschaft hat eine Erklärung über sein Verhalten in dieser Angelegenheit abgegeben, in der eine erneute Prüfung der Angelegenheit des Professors Lessing gefordert wird.

Zur Achtung des Krieges. Auf Betreiben der Frauen-Friedensvereinigungen in Amerika ist im Senat der Vereinigten Staaten ein Antrag eingebracht worden, der verlangt, der Verfassung einen Artikel hinzuzufügen, der den Krieg, zu welchem Zweck er auch immer geführt werde, für gezwungenermaßen erklärt. Der Antrag wurde der Verfassungskommission überwiesen.

Ein neuer Reichswehrskandal.

Reichswehrsoldaten reißen schwarzrotgoldene Flaggenbänder ab! — Von ihren Offizieren aufgeputscht?

Karlorsruhe, 31. Mai. (W.B.) In der Nacht vom 22. zum 23. Mai wurde, wie bekannt, von je zwei Reichswehrsoldaten und Gymnasialisten ein von der Stadt Konstanz angebrachter Flaggenstempel in der Absicht heruntergerissen, um die schwarzrotgoldenen Flaggenbänder zu vernichten. Der Minister des Innern hat nunmehr bei der zuständigen Reichsstelle wegen des Vorfalls Vorstellungen erhoben und hat in seiner Eigenschaft als Unterrichtsminister die Dispensierung der Gymnasialisten vom Schulunterricht veranlaßt, bis durch gerichtliches oder Disziplinarverfahren festgestellt ist, ob die Täter nachsicht verdienen.

Zu den Skandalösen Vorfällen in Konstanz meldet noch das „Berliner Tageblatt“, daß den Reichswehrsoldaten, offenbar durch ihre Offiziere, die Beschädigung des Demonstrationzuges verboten wurde. Das Zentrumblatt, die „Deutsche Bodenbesetzung“, fordert die Ausstoßung derjenigen Reichswehrsoldaten, die sich an der Fahne der Republik vergreifen haben. Außerdem erfährt man aus den Blättern weitere Einzelheiten über die Treibereien reaktionärer Offiziere in Konstanz. So hat ein Hauptmann des dortigen Bataillons ein schwarzes Brett auf einer Schreibstube angebracht, auf dem allerlei Ausschritte aus rechtsgerichteten Blättern angebracht wurden. Vor allem sind es Aufsätze gegen das Reichsbanner und seine Führer. Besonders kräftige Stellen sind jeweils durch Rotstift unterstrichen. In den letzten Tagen vor dem Reichsbannertage hat dieser Hauptmann in einer ganz besonderen Art in „Aufklärung“ gemacht. Er behauptete nämlich in einem Bericht, das Reichsbanner habe den Reichspräsidenten beschimpft, was den Tatsachen keineswegs entspricht. In dem erwähnten Bericht wird außerdem der Minister Severing angegriffen, aber immer wieder betont, daß die Reichswehr „unpolitisch“ sein müsse. Das Konstanzener Blatt meint, daß es mit dem Ehrbegriff eines Offiziers unvereinbar sei, von der Republik Gehalt oder Pension zu beziehen und sie hinterher zu bekämpfen.

Wenn nicht das Reichswehrministerium unverzüglich und erbarmungslos gegen die unmittelbaren und intellektuellen Schuldigen vorgeht, dem wird der Beweis dafür erbracht sein, daß es diese schändlichen Treibereien stillschweigend unterstützt. Es müssen endlich Exempel statuiert und die Namen der aus der Reichswehr

ausgestoßenen Offiziere und Mannschaften in der Presse und in den Tagesbefehlen der gesamten Wehrmacht publiziert werden!

Nationalistischer Universitätsprofessor.

Hamburg, 31. Mai. (W.B.) Die Staatliche Pressestelle teilt mit: Die „Frankfurter Zeitung“ hatte in ihrer Ausgabe vom 28. Mai eine Mitteilung veröffentlicht, wonach ein hamburgischer Universitätsprofessor, der mit hamburgischen Studenten der Medizin in Bad Pistoria (Slowakei) besuchte, die Entfernung der schwarzrotgoldenen Reichsflagge verlangt habe. Der Senat hat eine Untersuchung des Sachverhalts eingeleitet und wird von deren Ergebnis seine weiteren Schritte in dieser Angelegenheit abhängig machen.

Der Flaschenbier-Vorfall.

Bericht des Kommandanten und Verbalnote des Staatsdepartements.

New York, 31. Mai. (A.L.) Die deutsche Botschaft in Washington hat jetzt den Bericht des Kommandanten des Kreuzers „Hamburg“ erhalten, in dem es heißt, daß der Kreuzer in den letzten Tagen von amerikanischen Besatzern fast gestürmt worden sei, um Bier zu erhalten. Den Amerikaner sei das Bier zu denselben Preisen wie an die Schiffsmannschaft verkauft worden. Es ist mithin unzutreffend, daß das Bier für einen Dollar pro Flasche abgegeben sein soll, wie von amerikanischen Blättern zunächst behauptet wurde.

Dieser Bericht unterscheidet sich von den Erklärungen, die der selbe Kreuzerkommandant Groch einem Berichterstatter der „B. Z. am Mittag“ in Los Angeles gegeben hatte und in denen er überhaupt bestritt, daß ein Verkauf von Bierflaschen stattgefunden hätte. Es wäre entschieden besser gewesen, wenn der Herr Kommandant den Vorfall auch dem deutschen Pressevertreter gegenüber ohne Vertuschungsversuche zugegeben hätte.

Im übrigen dürfte mit dem vom Staatsdepartement der deutschen Botschaft in Washington überreichten Verbalnote die Bierangelegenheit der „Hamburg“ als diplomatischer Zwischenfall erledigt sein. Man kann nur noch dem Leiter des auswärtigen Amtes anheimstellen, einen Nachtrag zu seinem bekannten Wert über „Die Entwicklung des deutschen Flaschenbierhandels“ zu schreiben.

Der internationale Jugendkongress.

Die Schlusssitzung.

Amsterdam, 29. Mai. (Eigener Bericht.) Heute trat der Kongress zur Schlusssitzung zusammen, nachdem gestern Abend die Kommissionen eifrig beraten und in allen Fragen Einigung erzielt hatten. An Stelle des Schlusswortes begründeten die einzelnen Referenten die von den Kommissionen empfohlenen Resolutionen. Der Kongress eröffnete Dillenbauer. Die Resolution über die Bedeutung der Kulturarbeit hat nur unwesentliche Abänderungen erfahren. Mehr Kopfschmerzen hat der Kommission die Friedensresolution verursacht. In ihrer neuen Gestalt ist sie noch präziser und arbeitet noch genauer die einzelnen Mittel und Wege zur Durchbringung der Jugend mit Friedenserregung heraus. Besonders betont wird die Forderung eines selbständigen Georgiens und die moralische Unterstützung der russischen Genossen in ihrem Kampfe für die Demokratie und die Befreiung des Proletariats Russlands von der Diktatur des Bolschewismus. Eine eigene Resolution wird dem Kongress in Verbindung mit den Drangalisierungen der italienischen Jugendorganisationen durch den Faschismus vorgeschlagen. Sie lautet:

„Der Jugendkongress nimmt von der Erklärung der italienischen sozialistischen Jugend, daß sie trotz aller Verfolgungen durch den Faschismus treu zur Fahne der Jugendinternationale und des Sozialismus stehe, mit größter Befriedigung Kenntnis. Der Kongress steht in der heroischen Haltung des italienischen Jugendproletariats nur die Fortsetzung der ruhmreichen Tradition der italienischen sozialistischen Jugend, die insbesondere in der Kriegszeit durch ihre konsequente Haltung bewiesen hat, daß sie zu den besten Truppen der sozialistischen Jugendinternationale zählt.“

Der Kongress spricht der italienischen Jugend für ihr tapferes Verhalten den wärmsten Dank aus. Der Kongress erklärt gleichzeitig, daß die in der Jugendinternationale vereinigten Verbände auch in Zukunft alles zu tun bereit sind, was in ihrer Macht steht, um das italienische Proletariat und seine Jugend in ihrem opferwilligen Kampfe um die Wiedererringung der politischen Freiheit zu unterstützen.“

Einmütig und mit dem gleichen großen Beifall wie die Friedensresolution und die italienische Resolution wird der Beschluß angenommen, daß die sozialistische Jugend einmal im Jahre an einem bestimmten Tage in der ganzen Welt für den Völkfrieden und gegen den Krieg demonstrieren soll. Gegen vier Stimmen wird ferner vom Kongress beschlossen, dem Bureau anheim zu stellen, seine Korrespondenz in der Weltsprache Esperanto zu führen und den einzelnen angeschlossenen Organisationen empfehlen, sich für die Verbreitung des Esperanto einzusetzen. Wichtige Änderungen enthält die Jugend- und Lehrlingschutz-Resolution. So ist in den Mindestforderungen unter anderem ein neuer Punkt eingefügt, der die Ratifizierung der Beschlüsse der internationalen Arbeiterkonferenzen verlangt, und ein anderer Punkt, der sich auf die Erwerbslosen bezieht. Auch diese Resolution wird ebenso wie die nächste, die das Verhältnis zu den bürgerlichen Jugendverbänden kennzeichnet, einstimmig angenommen. Letztere unterstreicht auch mit noch größerem Nachdruck den konsequenten Klassenstandpunkt der sozialistischen Arbeiterjugend.

Die Resolutionsabstimmungen sind erschöpft. Es folgen die Vorschläge der Organisationskommission, die beim Kongress keinen Widerspruch finden. Besonders hervorzuheben ist hier nur der Beschluß, in Zukunft einen Delegierten aus je 2000 Mitglieder zuzulassen (früher war es einer auf 3000), allerdings nicht mehr als 20 für das einzelne Land. Ferner wird beschlossen, die nächste internationale Führerauswahl im Frühjahr 1927 in Kopenhagen und den dritten Internationalen sozialistischen Jugendkongress gemeinsam mit dem zweiten Internationalen sozialistischen Jugendtag im Jahre 1929 in Wien abzuhalten.

Die Wahl des Bureaus der IJY ergibt den Genossen Heinz-Destereich als ersten Vorsitzenden, den Genossen Graeve-Belgien als zweiten, den Genossen Dillenbauer-Deutschland als Sekretär. Zu Beisitzern werden gewählt Genosse Paul-Tschekoslowakei, Genosse Borriat-Holland und Genosse Lindström-Schweden.

Den aus dem Bureau ausscheidenden Genossen spricht der Genosse Paul-Tschekoslowakei im Namen der IJY tiefempfundene Worte des Dankes aus. Besonders herzlich wird er bei der Würdigung der Persönlichkeit des bisherigen Vorsitzenden, des Genossen Bitt Boogd und seiner Verdienste um die IJY. Die IJY wird seine Arbeit vergessen, in ihrer Geschichte wird diese Arbeit den

hervorragendsten Platz einnehmen. Bitt Boogd sei ein guter Vorsitzender, ein vorzüglicher Kamerad, ein wertvoller Freund gewesen. Seine Ruhe, seine Besonnenheit habe es stets verstanden, selbst die gefährlichsten Klippen zu umschiffen, nicht zuletzt Dank ihm habe in den Beratungen der IJY ein Geist der Kameradschaft und der sozialistischen Solidarität geherrscht. Wenn es ihm auch schwer fallen sollte, nun aus dem Bureau zu scheiden, so wird ihm doch als Trost das Bewußtsein dienen, daß seine Nachfolger den Geist, den er sein eigen nannte, auch weiter hochhalten werden. Die nicht enden wollenden Ovationen, die nun vom Kongress stehend ihrem Vorsitzenden dargebracht wurden, verstärkten sich noch, als dem Genossen Bitt Boogd als ährender Beweis der Anerkennung und der Anhänglichkeit ein Bukett weißer Rosen und eine Van-Gogh-Karte überreicht wurde; sie gingen schließlich in einen begeisterten Gesang der Internationalen über. Tief bewegt antwortete Bitt Boogd auf die Sympathiebekundung, die ihm soeben zuteil geworden war. Er begann damit, daß seine Tätigkeit unmöglich gewesen wäre, wenn seine Mitarbeiter und in erster Linie Dillenbauer ihm nicht zur Seite gestanden hätten. Das Scheiden fällt ihm wohl schwer, da die Arbeit für die IJY, die er sechs Jahre geleistet habe, ein Stück seines Lebens geworden sei. Mit seiner Gedanken werde er auch weiter bei der Arbeiterjugendbewegung bleiben; die Arbeit im Bildungsausschuss der holländischen Partei werde ihn in die Lage bringen, seine Lieblingsidee zu verwirklichen: den tiefsten Gehalt der Jugendbewegung auf die erwachsene Arbeiterschaft zu übertragen.

Die Tagesordnung ist erledigt. Bitt Boogd richtet an den Kongress Abschiedsworte. Er dankt nochmals den holländischen Genossen für ihre Mithewaltung und richtet an alle Anwesenden den Appell, in den frisch-fröhlichen Krieg hinauszuziehen gegen alles Unrecht in dieser Welt, gegen alles, was die Jugend hemmt und unterdrückt, für die Zukunft der Menschheit, für die Jugend im Sinne des Sozialismus, für den lebendigen Sozialismus. „Wenn wir schreiben ‚Seit‘ an Seite“ und die „Internationale“ durchhalten den Kongresssaal, man verabschiedet sich durch langes Händeschütteln und begibt sich in die Quartiere, um abends, erfüllt von neuer Begeisterung und neuer Taikraft, den Weg heimwärts anzutreten.“

Das Problem des Rifgebietes.

Anarchie oder Einigung unter einem neuen Häuptling.

Paris, 31. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der französische Hauptdelegierte bei der Friedensdelegation in Abdca hat sich nach Marokko begeben, um an Ort und Stelle mit den spanischen Verbänden Verhandlungen sowohl über das Schicksal Abd el Krim als auch über das Rifproblem zu führen. Inzwischen erwartet man in Paris die Ankunft des Generals Jordan, der in Madrid die Marokko-Angelegenheiten zu leiten hat.

Die zu lösenden Schwierigkeiten bestehen weniger in prinzipiellen französisch-spanischen Meinungsverschiedenheiten, sondern sind praktischer Natur und in den Verhältnissen des Rifs gegeben. Das Rif, das vorübergehend durch Abd el Krim geeinigt war, droht nämlich nach dessen Ergebung wieder auseinanderzufallen. Diese Anarchie würde eine ständige Gefährdung des Friedens bedeuten. Schon beginnen die Unterführer Abd el Krim wieder in den Vordergrund zu treten. Sie haben sich zu den noch nicht unterworfenen Stämmen begeben und leiten deren Widerstand gegen die französischen und spanischen Truppen. Besonders in der spanischen Zone von Tetuan hat bereits die Kampftätigkeit eingesetzt. Es stellt sich nun die Frage, auf welche Weise eine Einheit des Rifs etwa unter einem neuen Häuptling herzustellen ist, ohne daß diese sich gegen Frankreich oder Spanien richtet, oder ob diese Einheit durch eine Besetzung durch Spanien zu erzielen ist. Man ist hier bereits lebhaft daran interessiert, die Entscheidung über diese Frage recht bald herbeizuführen, und zwar immer im Rahmen direkter Verhandlungen zwischen Frankreich und Spanien. Mit welchen Mitteln Frankreich sich Gewißheit darüber verschaffen wird, daß die eventuelle spanische Autorität in diesen Gebieten dauerhaft ist, wird bisher noch nicht erörtert. Man bemüht sich, die Frage mehr vom polizeitechnischen als vom politischen Standpunkt aus zu behandeln.

Die rumänische Wahlstragikomodie hat der Regierung in der Kammer eine Mehrheit und im Senat alle Mandate bis auf drei bestellungsgemäß geliefert.

Gewerkschaftsbewegung

Internationale Arbeitskonferenz.

Wie steht's mit dem Achtstunden-Abkommen?

Genf, 31. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag vormittag begann die Internationale Arbeitskonferenz mit der Beratung des Geschäftsberichts des Arbeitsamtes. Als erster Redner gab der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe, Benoît Merrens, eine Erklärung ab, in der mit Befriedigung von der Arbeitministerkonferenz in London und den Anstrengungen des Internationalen Arbeitsamtes für die Ratifikation der internationalen Arbeitskonventionen Kenntnis genommen und die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Regierungsdirektoren endlich einmal unzweideutig Auskunft geben, wann die Ratifikation der Arbeitszeitkonvention erfolgen wird. Die Arbeitergruppe wird außerdem einen entsprechenden Antrag einbringen.

Der belgische Regierungsvizepräsident Julin antwortete den Arbeitnehmern, daß die belgische Kammer am Dienstag mit der Beratung eines Ratifikationsgesetzes beginnen werde. Polen ließ durch seinen Vertreter Sokal unter Hinweis darauf, daß es bereits 13 internationale Konventionen ratifiziert habe (die Arbeitszeitkonvention liegt noch beim Parlament), den Standpunkt vertreten, daß die großen Industrieländer mit dem guten Beispiel vorangehen sollten. Sokal sprach ferner dem Internationalen Arbeitsamt für seine vorbildliche wissenschaftliche und praktische Tätigkeit auf dem Gebiete der Arbeitslosigkeit und des Auswanderungswesens seine Anerkennung aus. Es folgten noch der argentinische Arbeitgebervertreter, der den Achtstundentag in seinem Lande als praktisch eingeführt bezeichnete und die doppelte Regierungvertretung in den Arbeitskonferenzen kritisierte, sowie der südafrikanische Regierungsvizepräsident und die Arbeitervertreter von Australien und Kanada, welche den Arbeitgebern vorwarfen, daß sie sich mit der Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft nirgends beileben. Der südafrikanische Arbeitervertreter Dr. Topalovitch sprach als letzter Redner des Tages seine Bemerkung über die wissenschaftliche Arbeit des Internationalen Arbeitsamtes aus und wies auf die Bedeutung der internationalen Arbeitsorganisationen nicht nur für die Arbeiterschaft, sondern für eine bessere Organisation der Produktion und der Weltwirtschaft überhaupt hin, an denen die organisierte Arbeiterschaft das größte Interesse habe.

Wiewohl meldet sich auch der deutsche Regierungsvizepräsident in dieser Aussprache, um Auskunft darüber zu geben, wann seine Regierung gedenkt, mit der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens ernst zu machen.

Die Eingruppierung der Feuerwehrbeamten.

Umgliederung des Verbandes deutscher Berufsfeuerwehrmänner.

In den Generalversammlungen der Ortsgruppe Berlin des Verbandes deutscher Berufsfeuerwehrmänner am 28. und 29. Mai, zu der die Stadtverordnetenfraktionen der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten Vertreter entsandt hatten, beschäftigten sich die Feuerwehrbeamten eingehend mit den zurzeit schwebenden Besoldungsverhandlungen. Nach einem Referat des Vorsitzenden Ude über den Verlauf der Verhandlungen und nachdem die anwesenden Stadtverordneten erklärt hatten, daß sie im Plenum der Stadtverordnetenversammlung alles daran setzen werden, um das den Feuerwehrbeamten feinerzeit zugesagte Unrecht zu beseitigen, fand nachhernde Entscheidung einstimmige Annahme:

„Die am 28. und 29. Mai im Gewerkschaftshaus tagenden Generalversammlungen der Ortsgruppe Groß-Berlin des Verbandes deutscher Berufsfeuerwehrmänner sind von dem Ergebnis der bisherigen Verhandlungen für die Wiederherstellung der alten Eingruppierung schwer enttäuscht. Sie erwarten

von den Räteischen Körperschaften, daß sie bei der Beschlussfassung über die Beschäftigung des Stellenplanes für 1926 das zurzeit bestehende Unrecht mit aller Konsequenz aufheben werden. Die Feuerwehrbeamten haben ein moralisches Recht darauf, daß die Beschlüsse der städtischen Körperschaften von 1922 vom 1. April 1926 wieder restlos in Kraft gesetzt werden. Andernfalls würde jedes Vertrauen zur Anstellungsbehörde und zu den Vertretern der Bürgerchaft im Hinblick darauf, daß sie stets auf den Zeitpunkt der Aushebung des Sperrgesetzes verträufelt worden sind, verloren gehen.“

Der Streikbrecherschutz in Rummelsburg.

Der Streik beim Großkraftwerk Rummelsburg geht nun in die fünfte Woche. Er wäre längst beendet, wenn den Eisenkonstruktionsarbeitern nur annähernd der Lohn gezahlt würde, den jetzt ein Unternehmer den Streikbrechern geboten hat, nämlich 1,05 Mark die Stunde. Auch Streikbrecher, die vom Arbeitsnachweis der Räteischen bezogen werden, wollen leben bei solcher Arbeit und rücken aus, wenn sie nicht gehörig bezahlt werden. Doch nicht alle Unternehmer bieten einen solchen Stundenlohn um aus dem Druck zu kommen. Sie möchten die Streikbrecher auch bei schlechten Böden halten. Dazu soll ihnen die Polizei helfen. Deren allzu bereitwillige Hilfe kann jedoch leicht bewirkt werden, daß auch die Bauarbeiter zum Streik getrieben werden. Sie lassen es sich nicht lange gefallen, unter polizeilicher Aufsicht zu arbeiten. Am Freitag setzte ein verstärktes Polizeiaufgebot auf der Baustelle ein, das auf erfolglose Beschwerte wieder zurückgezogen wurde. Am gestrigen Montag aber wurden die Baustellen der etwa 400 bis 500 Streikenden von Kriminalpolizisten und Berittenen besetzt, um ein größeres Aufgebot von Streikbrechern zu beschützen.

Die Bauarbeiter werden sich dieses Theater nicht lange mit ansehen. Notwendig ist nach wie vor, daß kein anständiger Metallarbeiter sich zum Streikbrecher hergibt. Die Löhne, die in Rummelsburg gezahlt werden, sind bei der dort zu leistenden mit Gefahren verbundenen Arbeit viel zu niedrig. Der BBRB erwirbt sich in diesem Falle kein Ruhmesblatt.

Mißbrauch der Notlage schwerbeschädigter Arbeitsloser

Zu Montag vormittag hatte ein „Provisorischer Ausschuss der schwerbeschädigten Erwerbslosen“ die schwerbeschädigten Arbeitslosen zu einer Versammlung nach dem Gewerkschaftshaus einberufen. Nach dem Thema, das als Tagesordnung vorgelesen war, konnte man annehmen, daß hier die Notlage der erwerbslosen schwerbeschädigten zur Sprache kommen würde. Es stellte sich aber heraus, daß die R.P.D. wieder einmal ein paar Leute gefunden hat, die dafür sorgen sollten, daß ihre Agitationsreden ihre schlechten Reden loslösen können. Es sprach ein Vertreter des Internationalen Bundes des Kriegsoffer, der etwas von der Wirtschaftslage und dem englischen Bergarbeiterstreik erzählte, sich aber mit der Notlage der schwerbeschädigten nicht abgab. Auch je ein Vertreter des Zentralverbandes der Arbeitslosen und des Kommunistischen Erwerbslosenausschusses hielten Ansprachen, sagten aber nicht, wo den erwerbslosen Kriegsbeschädigten der Schuh drückt. Auf diese Art und Weise werden die schwerbeschädigten ihre Klagen kaum zu Gehör bringen. Auch nicht damit, was sonst noch an wüsten Agitationsreden losgelassen wurde. Zum mindesten hätte man einem Ausschuss die Arbeiten übertragen müssen, dessen Mitglieder gewerkschaftlich organisiert sind. Schließlich wurden mehrere Entschuldigungen angenommen, in denen unter anderem mehr Berücksichtigung der erwerbslosen schwerbeschädigten bei Einstellungen verlangt und die Anerkennung des „provisorischen“ anonymen Ausschusses gefordert wird.

Schiedsspruch im rheinischen Baugewerbe.

Am 31. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Im rheinischen Baugewerbe ist jetzt durch das von den Parteien gebildete Zentralschiedsgericht ein Schiedsspruch gefällt worden, der in den meisten der im Vertragsgebiet liegenden Gruppen die Löhne um 2 Proz., in den anderen um 5 Proz. reduziert. Demnach stellen sich die Stundenlöhne in Köln für Maurer auf 1,13 Mark,

für Hilfsarbeiter auf 0,94 Mark und für Tischlerarbeiter auf 0,75 Mark. Die Regelung gilt ab 20. Mai.

Die Forderungen der Beamten Oesterreichs abgelehnt.

Wien, 31. Mai. (BTR.) Bundeskanzler Dr. Kamel teilte heute den Vertretern der Bundesbeamtenchaft die Antwort der Bundesregierung auf die Beamtenforderungen mit. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß gegenwärtig weder die wirtschaftliche Lage des Landes, noch die Preisbewegung der letzten Monate eine durchgreifende Regelung der Beamtenbezüge rechtfertigen könne. Die Regierung sei aber auch nicht in der Lage, die im Winter durchgeführte Koststandsaktion zu wiederholen. Dies konnte nur bei Ueberbreitung der mit dem Böhmerbunde vereinbarten Ausnahmegrenze geschehen, was einen Vertragsbruch bedeuten und das Vertrauen für Oesterreich erschüttern würde. Der Bundeskanzler richtete schließlich an die Beamtenchaft den Appell, die Gründe der ablehnenden Haltung der Regierung richtig zu würdigen. Die Beamtenvertreter haben die Antwort dem sogenannten Ber. Ausschuss vorbehalten.

Zum englischen Bergarbeiterstreik.

London, 31. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag vor Mitternacht ist das Angebot der Regierung auf eine weitere Fortzahlung von drei Millionen Pfund Sterling an die Bergbauunternehmer für die Dauer der Verhandlungen abgelehnt, ohne daß der tote Punkt in der Kohlenkrise überwunden wäre. Die in London umlaufenden und von einem Abendblatt als Tatsache verzeichneten Gerüchte, daß der Ministerpräsident während des Wochenendes mit den beiden Parteien, den Bergbauunternehmern und dem Bergarbeiterverband, in Verbindung getreten sei, wird, was die Bergarbeiter betrifft, von der Leitung des Verbandes bestritten. Jedoch haben sich am Montag sämtliche Parteien — Ministerpräsident, Vertreter der Unternehmer und der Bergarbeitervertreter — in London für alle Fälle bereitgehalten. Es verlautet, daß der Sekretär des Internationalen Bergarbeiterverbandes, Frank Hodges, am Montag eine inoffizielle Besprechung mit dem Ministerpräsidenten über die Kohlenkrise gehabt hat.

Der Schwerpunkt der Erörterungen über die Lösung der Kohlenkrise wird nunmehr, nachdem das Parlament wieder zusammengetreten ist, ins Unterhaus verlegt werden, wo sich die Regierung während dieser Woche scharfen Angriffen der Opposition über ihr bisheriges Verhalten zum Kampf in der Kohlenindustrie gegenübersehen wird. Die Arbeiterpartei wird, soweit es in ihren Kräften steht, auf die Regierung einen Druck ausüben, um eine Wiederaufnahme der Arbeit auf der Grundlage der vor der Aussperrung geltenden Arbeitsbedingungen herbeizuführen, und in der Richtung, daß die im Kohlenbericht vorgesehenen Reorganisationsmaßnahmen sofort durchgeführt werden. Die Vertreter der Arbeiterpartei im Parlament werden bei diesem Vorstoß die Auffassung vertreten, daß die Regierung für die gegenwärtig völlig verfahrenen Lage voll und ganz verantwortlich ist. Die Regierung sei den Verpflichtungen, die ihr durch den Kohlenstreik auferlegt worden sind, bisher ausgewichen. Nach der Auffassung und den Vorschlägen der Arbeiterpartei müßten die Unterfügungen an die Industrie fortgezahlt oder, falls sich die Industrie weigern sollte, auf dieser Grundlage zu verhandeln, der Bergbau auf die Dauer der Reorganisation unter Regierungskontrolle gestellt werden. Die Frage einer dauernden Regelung der Arbeitszeit und des Lohnes wäre damit zwar noch immer ungeklärt, aber bei den Bergarbeitern und der Arbeiterpartei ist man der Meinung, daß eine Lösung dieser Streitfragen dann verhältnismäßig leicht zu erreichen sei.

Preis-Gewerkschaftsvereine. Heute, Dienstag, 10 Uhr, tauchen die Gruppen: Sandberger: Vizepräsident Dietrich; 5. Beiratspredigt und Diskussion: Gewerkschaftliche Probleme. — Kautzburger: Vizepräsident (Hilfsschicht 2); Juwendheim: Vizepräsident; 4. Beiratspredigt, Ludwig-Thoma-Wend. — Rindenberg: Juwendheim: Vizepräsident; 2. Beiratspredigt und Diskussion: Unsere Sommerarbeit. — Treppe: Schule: Vizepräsident; 3. Beiratspredigt, Juwendheim: Vizepräsident; 1. Beiratspredigt.

Verantwortlich für Vollst.: Ernst Reuter; Mitwirkend: Heinz Seltraw; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich, Chlorn; Feuilleton: R. S. Böcher; Lokales und Sonstiges: Erik Rothbart; Anzeigen: Th. Glöck; Familien in Berlin: Verlags: Norddeutsche-Verlag G. m. b. H.; Berlin, Druck: Norddeutsche-Verlag und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 2. Hierzu 1 Beilage und „Unterhaltung und Wissen“.

GROSSER VERKAUF

SPORT UND REISE

Damen-Blusen

Zephirjumper gestreift, mit langen Ärmeln und Kragen, in dunklen Farben **2⁹⁰**

Kunstseiden-Pullover mit langen Ärmeln, in mehreren Farben **4⁵⁰**

Kariertes Kasak waschecht, mit langen Ärmeln, offen und geschlossen zu tragen **5⁵⁰**

Kunstseiden-Jumper m. Baumwolle (waschbar), moderne Schotten, lange Ärmel und Kragen **6⁹⁰**

Badewäsche

Frotteierhandtücher 95 Pf. weiss, gute Qualität, 1,25 m, 1,50 m, 1,75 m

Badelaken f. Kinder, aus gut. weissen Frotteierstoff, mit baat. Kante, Grösse ca. 100x100 **2⁹⁵**

Badelaken Jacquarémuster, aus gutem Frotteierstoff, Grösse ca. 140x170 **9⁵⁰**

Schwimmtrikots f. Damen u. Herren, aus schwarz. Trikot, Länge 50 **1⁴⁵**

Jede weitere Gr. (50 cm) 15 Pf. mehr

Frotteierstoffe f. Bademantel, Jacquarémuster, schöne Dess., ca. 170 cm breit, 70, 150 cm breit **5⁹⁰**

Bademantel Gelsahform, aus gutem Frotteierstoff, Jacquarémuster, viele Farb. **17⁵⁰**

Badeanzüge aus gutem Frotteierstoff, mit Reckchen u. schön. Blaudengarnier, Gr. 42 **5⁵⁰**

Jede weitere Grösse 75 Pf. mehr

Badeschuhe aus Leinen, sohle, sam. Binden, Gr. 36-42 **1⁴⁵**

Herren-Halbschuhe

braun und schwarz, auch mit hell. Einsätze, gute Verarbeitung, mod. Form. **16⁵⁰**

Wir veranstalten am Mittwoch, den 2., bis Sonnabend, den 5. d. M., vormittags 11 Uhr und nachmittags 4 Uhr, Leipziger Strasse (1. Stock) und Alexanderplatz (2. Stock)

Modenvorführungen

in Sommerbekleidung

Badebekleidung — Sportbekleidung

Karten für die Vorführungen werden einen Tag vorher an den Kassen der Damen-Konfektions-Abteilungen kostenlos verabfolgt

Coupeköffer

45 cm 50 cm 55 cm 60 cm 65 cm 70 cm

aus langrain geräbter, durchgefärbter Hartplatte, mit 8 Schutzecken, soliden Griffen und 2 Schnappschlossern **2⁹⁰ 3⁹⁰ 4⁹⁰ 5⁹⁰ 6⁹⁰ 7⁹⁰**

Reketaschen

aus Vollrindleder **15⁵⁰ 17⁵⁰ 19⁵⁰ 21⁵⁰**

Japan-Reisetaschen

mit Stulpdeckel und ausgehiebten Rindleder-Schutzecken, starke Rindleder-Tragriemen **33 cm 5⁹⁰ 8⁵⁰ 10⁷⁰ 11⁵⁰**

Damen-Bekleidung

Kleider in guter Qualität, schöne Muster **6⁷⁵**

Kleider in guter reisselender Bastqualität **16⁷⁵**

Kleider in bedrucktem Crêpe de Chine, entzückende Muster **29⁷⁵**

Kleider in bedrucktem Crêpe de Chine, Frauenform, mit langen Ärmeln **49⁵⁰**

Für den Sport

Schwimmkorken 2⁹⁵ Je 2 Teile 1,00 mehr

Turnschuhe aus Stoff, m. Gummisohle **1⁷⁰**

Tennisschläger „Hertie“ **2⁵⁰**

Bootslampen für Paddelboote, dreifarb. matten Hinterlicht, 5²⁸⁵ mit Leuchtbl. **3²⁵**

für Ruderboote dreifarbig, mit Oelbrenner **3⁹⁵** mit Licht **4⁷⁵**

Taschentücher

Damen-Tücher weiss, Ballon, Hobisau u. gest. Ecke, 51 Pf. **18**

Herren-Tücher weiss, Linnen, bunte Kante, prima Qualität, 2²³ Dutzend 1,30, Stück **23**

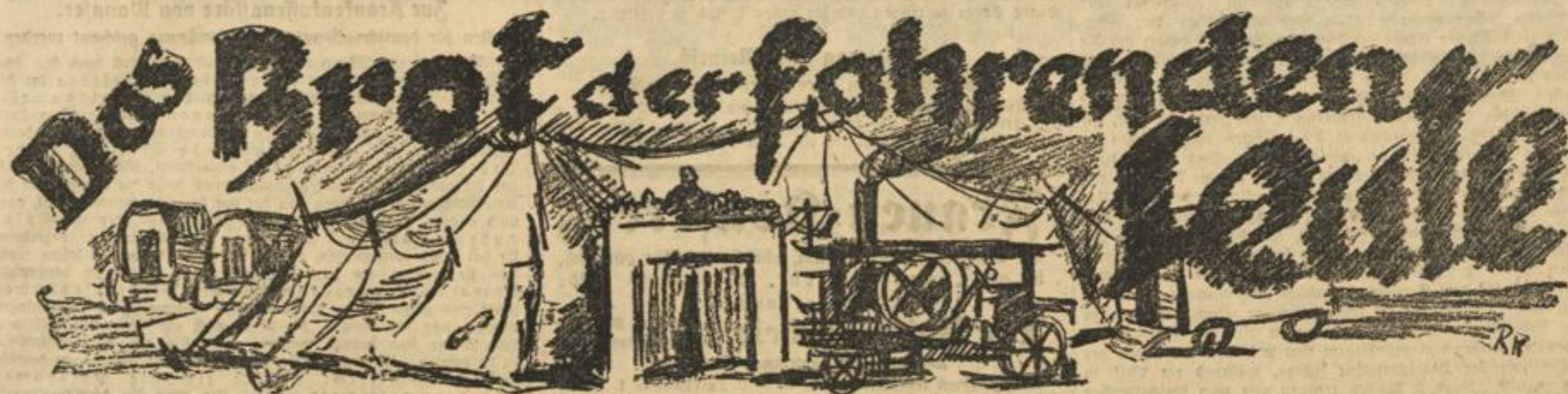
Spitzentücher elegante Ausführung, Stück von **30**

Ziertücher aus Crêpe de Chine, weiss u. farb., grund. handbedruckt, mod. apart Ausstatt. Stück v. **95**

Spangenschuhe für Damen

blond und grau, gute Ausführung **12⁵⁰**

HERMANN-TIETZ



Berlin hat auch seine Zirkusgeschichte; außer dem feststehenden Zirkus, der in diesen Tagen, wie alljährlich, seine Pforten schließt, wird die Weltstadt von den reisenden Zirkusunternehmungen in fortlaufender Folge aufgesucht.

beinahe jeder ein Vorurteil. Etsiche Zimmervermieterinnen aber verstehen sich vorzüglich auf die Ausbeutung. Wisthin, es hat seine ganz berechtigten Schwierigkeiten, ein Privatlogis für drei, vier Tage zu finden.

Der Zeltzirkusmann hängt nicht nur von der allgemeinen Wirtschaftslage, er hängt zudem noch vom Wetter ab. Bei schlechtem Geschäftsgang kommt tatsächlich alles zusammen, ihm das Genick zu brechen.

Einnahmen und Ausgaben.

Jedoch das Selbständigmachen ist eine eigene Sache. Zuerst muß man ein Dach über'm Kopf haben und ein Zelt kostet heute 30 000 Mark. Es wird auf Abschahlung genommen, für gewöhnlich muß es in 1 1/2 Jahren bezahlt sein.

Land- und Auslandsflucht.

Die kleine Stadt ist, namentlich nach dem Winter, vom Zirkus begeistert. Der erste Zirkus, der kommt, schöpft den Rahm ab, macht ein gutes Geschäft.

Der kühne Griff.

Ein unerwünschter Besuch in der Portierloge.

Einen schlechten Aprilscherz hatte sich der Schlächter Hans Arndt erlaubt, der aus der Unterjuchungshof dem Großen Schöffengericht Berlin-Mitte zur Aburteilung wegen räuberischen Diebstahles und Amtsannahme vorgeführt wurde.



Pfiffig erwiderte Karl: „Du trittst mir deinen Rohrstock ab und ich klopfe mir von jetzt ab meine Hosen selber aus.“

Water drehte den Frechdachs um seine eigene Achse und sagte: „Komm mal, dir muß ich erst mal von allen Seiten ansehen.“

„Ja,“ fuhr Karl unentwegt fort, „unser Lehrer sagt, wie bei uns in der neuen Schule, so mühte auch zu Hause mit den Eltern das Verhältnis ein kameradschaftlicheres werden.“

„Junge! Junge! Du sprichst en großen Gedanken je-laffen aus!“ kam es halb belustigt, halb nachdenklich von Waters Lippen.

„Na,“ sagte Karl, Watern die Hand entgegenstreckend: „wenn du das einsehest, dann schlag ein. Also auf gute Kameradschaft!“

„Weeste,“ sagte Knorke junior, „et is eijentlich schade, dat wir schon „du“ sagen. Det war der jeijnete Monemang, jetzt Bruderschaft zu trinken.“

„Siehste, Water,“ sagte Karl, unwillig die Hand zurückziehend, „du und Mutter beklagen sich immer, dat ich nicht wie Riedigkeiten im Kopf habe, und nun, wo ich dir mit wirklichem guten Willen und heiligem Ernst komme, da verurkst du mich.“

„Nanu — man nich den Water mit dem Bade ausschütten! Weeste, Karl, deine Umstellung von der Ruppigkeit zum heißen Ernst trifft mir zu plötzlich, zu unvorbereitet — bu — Na ja — also, ich wer deine Friedensvorschlüge an-“



nehmen, aber erst mal mit Bewährungsfrist auf vier Wochen, Herr Staatsanwalt.“

Knorke zog Karl an sich, der ihn so stürmisch liebte, daß dem Alten „ganz weech um's Herz“ wurde und er ihn mit den Worten abwehren mußte: „Na, nu aber stopp! Was nuht ma denn der Friede, wenn du mir bei de Friedensfeier abwürgst.“

„Na nee — ach so — nein, nein, id geh' ja schon,“ sagte Karl glückselig. „Ich muß nämlich sehen, daß ich noch den anderen — er zeigte nach der Küche — Grenznachbarn und ehemaligen Feind für meine Friedensside gewinne.“

„Du,“ sagte Water vergnügt schmunzelnd, „die olle Festung ist nich so leicht zu nehmen.“

„Schaff' id schon!“ triumphierte Karl. „Ich schleppe heute so viele Kohlen und Holz aus dem Keller heraus, daß sie ganz eingebaut wird, und höre erst auf, wenn sie sich ergibt.“

Water nochmals am Bart zausend, war er zur Tür hinaus.

Knorke senior richtete sich tief atmend auf und brummte vor sich hin. Hm, solchen Kontakt hatte er mit seinem Karl noch nie gehabt. Wenn's ihm so mit seinem Dreiröhrenapparat geglückt wäre, dann hätte er schon London gehört.

Sein Blick zum Sofa, unter dem die Trümmer seiner schlaflosen Nächte seit jenem häuslichen Gewitter lagen, wurde von seinem Jüngsten aufgefangen. Dieser stand mit den Händen auf dem Rücken am Ofen; stillvergnügt vor sich hinschmunzelnd, hatte er die ganze Szene mit Karl verfolgt.

„Sag mal, Frihe,“ fing Knorke, sich aufs Sofa setzend und ihn zwischen seine Knie ziehend, an: „Willst du dir nicht unserem soeben abgeschlossenen Friedensvertrag als kleine Antangte anschließen?“

„Rein,“ sagte Frihe kurz.

„Nanu! — Warum denn nicht?“

„Wir haben doch keenen Kriej gehabt,“ sagte dieser ruhig.

Knorke sah sich seinen Jüngsten eine Weile an und sagte dann: „Na ja, eigentlich haste recht.“ Und ihn an sich drückend, mit wehmütigem Blick unter das Sofa, fuhr er fort: „Du warst mir ja immer ein treuer Bundesgenosse. Und wo kein Kriej war, braucht natürlich ooch keen Frieden jeschlussen zu werden.“

Aber sag mal, Junge, tut dir unser Dreiröhrenapparat da unten gar nicht leid?“

„Rein,“ war Frihens überzeugte Antwort.

„So,“ meinte gedehnt der Water.

„Rein,“ wiederholte Frihe ruhig und bestimmt. „Unser Kamerad Pfeil sagt, wer keine Vorkenntnisse besitzt oder keine Anleitung von Fachleuten hat, der soll von solchen Dingen die Finger lassen, denn er verbummelt sonst 'ne Masse Geld und kommt doch nicht zum Ziele.“

„Wat is denn det vorn Scharfstopf, dein Kamerad Pfeil?“ fragte Knorke, indem er Frihe unwillig losließ.

„Ein Schafstopf ist er jedenfalls nicht, denn er ist der älteste Kamerad.“

„Und der dümmste,“ unterbrach Knorke

Frihe sah seinen Vater ruhig an: „Ich weiß es ja nicht, glaube aber nicht, daß du recht hast, denn er hat ja das Lehrergamen gemacht.“



Knorke war entworfen und sagte, trostlos mit dem Zeigefinger unter das Sofa weisend: „Also wird Karthago nie wieder aufgebaut werden, und ich bin verurteilt, zeitlebens auf seinen Trümmern zu sitzen.“

Frihe wollte was sagen, aber Water wehrte ab: „Laß man. Für heute weiß ich genug. Das muß ich erst verdauen.“

Er schüttelte den Kopf über Watern. Erst fragen, und wenn man Antwort erhalten, sollte man davonlaufen?

(Fortsetzung folgt.)

Es geht los!

Es geht los! In wenigen Tagen wird man in den Gemeinden die Wählerlisten zur Einsicht für den Volksentscheid auslegen. „Raub und Plünderung“ schreien die strapellosen Ruhnicker der dynastischen Restaurationsidee. In Hunderttausenden von Flugblättern wird sich die Garde der schwarzwidrigen Schmach um die „Märchchen der Nation“ scharen, um den schamlosen Fisch- und Kaffizug der ersten Berater des Staates sich ungehindert abwickeln zu lassen. Mächtige Kräfte sind am Werk, dem deutschen Volk auf ewige Zeit das Schandmal aufzubrennen, kein Has und Gut, die letzten Reste des Volkvermögens den Leuten nachgeworfen zu haben, die es herabzuwürfen ruiniert haben. Was ist zu tun? Hunderttausende kleiner Rentner und Sparer hat die Inflation um die Resultate eines mühe- und arbeitreichen Lebens gebracht. Unzählige sind in der grauenvollen Zeit großkapitalistischer Entwertungskampagnen Hungers gestorben, wie haben Millionen Arbeitslose, die Weib und Kind zu Hause haben und deren Brot zum Himmel schreit. 2 Millionen Tote hat Wilhelms des Innerförflichen Kriegspolitiks auf dem Gewissen, unzählige Verkümmelte rufen vergeblich nach ihrem Recht. 22 Fürtensfamilien jedoch, die die alzu lokale Revolution ungehindert ließ, wollen 100, ja 200prozentige Aufwertung, wollen mit gestohlenem Gut und Geld ein Leben des Genusses und der Bunschlosigkeit führen, während ein Volk in Elend ertrinkt. Rund 3 Wochen trennen uns vom entscheidenden Schlag. Der Kampf beginnt. Unser ist der Sieg, wenn wir auf dem Posten sind.

Der Kuttischer-Prozess.

Flucht des Angeklagten in die Krankheit.

Vor einiger Zeit das Gericht den Angeklagten Storz im Gewahrsam nahm, um auf diese Weise seine Verhandlungsfähigkeit zu erhöhen, wurde diese Maßnahme von vielen Seiten bemängelt. Wie nicht, nicht mit Unrecht. Das Gericht behielt aber recht: Storz blieb Verhandlungsfähig. Gestern schien die Situation des Storz-Prozesses sich in der Gerichtsverhandlung gegen Kuttischer wiederholen zu wollen.

Kuttischer hatte sich von seinem Zusammenbruch am Mittwoch noch nicht erholt. Er wurde auf einer Krankenbahn, umgeben von drei Ärzten, darunter dem Professor Kraus, in den Saal gebracht. Hinterher mußte noch Professor Seclert hinzugezogen werden, um gemeinsam mit seinen Kollegen die Frage der Verhandlungsfähigkeit des Angeklagten zu entscheiden. Kuttischer lag anscheinend bewusstlos da. Er reagierte nicht auf Fragen, die man an ihn richtete, wurde zeitweilig von schweren Krämpfen befallen, um hinterher doch wieder zu sich zu kommen. Die Ärzte erklärten, daß er im Augenblick verhandlungsunfähig sei. Es handele sich um einen hysterischen Zustand, um eine Flucht in die Krankheit. Kuttischer wollte gewissermaßen durch diese Lage für sich günstiger gestalten. Sollte der Prozeß für ihn einen aussichtsvolleren Verlauf haben, so würde er von seinem hysterischen Zustande auch eher geheilt werden. Mit der Verschlechterung der Situation für ihn würde sich auch sein Gesundheitszustand verschlimmern. Kuttischer hatte in den letzten Tagen allerdings allen Grund, seine Prozeßchancen sehr niedrig einzuschätzen.

Durch das Gutachten der Sachverständigen war in die Betrachtung der Steinbank einige Klarheit gebracht worden. Es hatte sich herausgestellt, daß dem Bezirk der Staatsbank von 14 Millionen nur ein Erlös von 3,5 Millionen aus der Liquidierung der Kuttischer'schen Unternehmungen gegenübersteht. Eine besonders böse Wendung nahmen aber für ihn die Telegrammangelegenheiten. Kuttischer hatte geglaubt, seinen Geschäftsfreund Eyrer beauftragt zu haben, ein Telegramm aus Daring zu schicken. Der klügliche Stern hat aber, aufgebracht über Kuttischer's Reue, das Konzept dieses Telegramms, von der Hand Kuttischer's gelassen, dem Gericht eingesandt. Kuttischer hatte behauptet, daß sein amerikanischer Dolmetscher Kutzinski mit vielen Millionen der Steinbank zu Hilfe eilen wolle. Dr. Rüge erklärte, daß ihm sogar ein Vertrag, der die Unterschrift Kutzinski's in lateinischen Buchstaben getragen habe, vorgelegt worden sei. Kutzinski hat aber nur hebräisch schreiben können. Wer hatte also die Unterschrift hergestellt? So war es kein Wunder, daß Kuttischer am Mittwoch zusammenbrach, als Selmann erklärte, Kutzinski sei gar nicht der reiche Mann gewesen, sondern sei nach Berlin gekommen, um von Kuttischer Geld zu einer Villa in Palästina zu erhalten. Kuttischer wußte auch, daß Selmann seine Auslagen machen und bezeugen würde, daß die beiden Telegramme, die sich auf Geldsendungen aus London bezogen, und der Staatsbank vorgelegt wurden, von ihm auf Kuttischer's Befehl abgehändelt worden waren. Die Erörterungen über das Hanauer Lager fanden aber noch bevor. Was Wunder, daß Kuttischer in die Krankheit schlüpfte.

Das Gericht wollte sich aber von der Verhandlungsunfähigkeit Kuttischer's nicht überzeugen lassen. Es gab dem Antrage der Verteidigung, das Verfahren gegen Kuttischer abzutrennen, nicht statt und setzte die Verhandlung fort. Der Vorsitzende, der in den früheren Sitzungen Kuttischer immer wieder ermahnt hatte, der Verhandlung fernzubleiben, wollte es verhindern, daß die neundemhundertliche Verhandlung unnütz gewesen sein sollte. Da sich ganz unerwartet Kuttischer selbst einen Ausweg, allerdings ungewollt, während der Zeugenvernehmung befand er plötzlich seinen Krankenwärter, ihn aus dem Saal zu tragen und nach Hause zu fahren. So hatte sich Kuttischer freiwillig aus der Gerichtsverhandlung entfernt; sie konnte also in seiner Abwesenheit fortgesetzt werden und wurde schließlich am heute 9 1/2 Uhr vertagt.

Die Fuhrherren sind ungnädig.

Die Fuhrherreninnung von Groß-Berlin fühlt sich wieder einmal demühtigt, die Öffentlichkeit für die Notlage des von ihr vertretenen Gewerbes zu interessieren. Sie hatte zu Sonntag eine Protestversammlung nach den Germania-Prachtspielen einberufen, und in dieser erzählten zwei Abgeordnete von der Wirtschaftspartei, denen es wohl mehr darauf ankam, für ihre politischen Ansichten Propaganda zu machen und für die Wirtschaftspartei zu werbendes Mittel für die Behebung der Notlage des Fuhrgewerbes anzugeben, große Löhne von der höchsten Verwaltung der Stadt im allgemeinen und des städtischen Fuhrparks im besonderen. Diese Erzählungen sind um so erstaunlicher, als sich die Herren in der Diskussion von dem ihnen politisch sicherlich nicht fernstehenden deutsch-nationalen Stadtrat Richter erklären lassen mußten, daß die Mittel, die die Stadt in den Fuhrpark hineinsteckt, verhältnismäßig sehr gering seien. Sie mußten sich von demselben Disziplinsprecher auch sagen lassen, daß die Stadt als Unternehmer natürlich so billig wie möglich arbeiten müsse, und daß sie aus diesem Grunde den städtischen Fuhrpark dort in Anspruch nehmen müsse, wo Fuhrern durch das private Transportgewerbe zu teuer werden würden. Wenn ferner es als ungeheuerlich angesehen wird, daß das städtische Fuhramt Einsicht in die eingeholten Offerten über Vergabe von Fuhrern an private Fuhrunternehmen erhält, so muß es der Stadt doch unbenommen bleiben, diese Offerten von der städtischen Stelle, die sachverständig für diese Dinge ist, vom städtischen Fuhramt, prüfen zu lassen, und die Stadt hat das Recht, diese Offerten abzulehnen, wenn sie nicht vorteilhafter sind, als wenn ein städtisches Unternehmen selbst die Arbeit ausführt. Außer den Fuhrherren und ihrem Anhang gibt es doch noch andere Steuerzahler und Bürger in Berlin, und auf sie muß die Stadt bei aller Anerkennung der Notwendigkeit eines privaten Fuhrgewerbes auch Rücksicht nehmen.

Berein der Freidenker für Feuerbestattung. Da in der letzten Mitgliederversammlung des Bezirks Prenzlauer Berg die Wahlen zur Bezirksleitung nicht zustande gekommen sind, ist für Mittwoch, den 2. Juni, eine Mitgliederversammlung bei Wü t t n e r, S c h w e d t e r Str. 28, einberufen, die sich wieder mit diesen Wahlen

zu befassen hat. Da von den Kommunisten die größten Anstrengungen gemacht werden, die Bezirksleitungen in ihre Hände zu bekommen, ist es Pflicht jedes Parteigenossen, zu dieser Versammlung zu erscheinen, um unseren Einfluß aufrecht zu erhalten. Die Genossen werden ersucht, für die nötige Propaganda in unserem Sinne Sorge zu tragen und für guten Besuch zu agitieren.

Verleitung zum Meineid.

Gefährliche Folgen einer unbedachten Handlung.

Für Bäckereien besteht bekanntlich ein gesetzliches Verbot, mit den Arbeiten vor 6 Uhr früh beginnen zu dürfen. Dieses Verbot ist den Bäckermeistern natürlich ein Dorn im Auge und es wird sehr

Frauen-Konferenz

am Donnerstag, den 3. Juni, abends 7 1/2 Uhr pünktlich, in den „Sophienjulen“, Sophienstraße 16/18:

Tagesordnung:

Der Volksentscheid.

Referentin: Genossin Minna Todehagen.

Wir bitten um zahlreiches Erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Türkstraße 1. Kreis.

nied übertreten. Auch der Bäckermeister Schmidt, Raumerstr. 21, nahm es mit der Anhebung dieser gesetzlichen Bestimmung nicht so genau. Er wurde wegen Übertretung einmal bestraft, aber er ließ sich dadurch nicht zurückhalten, immer wieder in seinem Bäckereibetriebe vor 6 Uhr früh mit den Arbeiten zu beginnen. Zur Kontrolle, ob das Verbot beachtet wird, sind sowohl von den Arbeitgebern als auch Arbeitnehmern der Branche Kontrollkommissionen eingesetzt, deren Mitglieder ehrenamtlich arbeiten. Eine dieser Kontrollkommissionen vom Deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband trat am 25. Juli 1924 um 5 Uhr früh in der Nähe des erwähnten Betriebes den dort beschäftigten Lehrling Bruno Rowendorf. Er nagte ihnen sein Leid, und nachdem sie vier in der Nähe gelegene Bäckereibetriebe kontrolliert hatten, kamen sie um 5 1/2 Uhr auch an den Betrieb von Schmidt. Schmidt empfing sie auf ihr Klopfen mit einer Schimpfkanonade, die natürlich in demselben Ton von ihnen erwidert wurde. Die Folge dieses Kontrollganges war eine Anzeige gegen Schmidt wegen Übertretung des Bäckereibetriebes, und sowohl bei den polizeilichen Vernehmungen, als auch bei den Vernehmungen vor Gericht, bei dem Schmidt gegen den Strafbescheid Einspruch eingelegt hatte, veranlaßte dieser seinen Lehrling zu der Aussage, daß der Betrieb erst um 6 Uhr begonnen habe. Rowendorf bezeugte sich dann selbst dem Meinelde, und es wurde auch ein Verhör gegen ihn eröffnet, das aber niedergeschlagen wurde, weil das Gericht zu der Erkenntnis gelangte, daß der junge Reich der Bedeutung des Eides sich noch nicht bewußt gewesen wäre. Schmidt aber stand wegen Verleitung zum Meineid vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Der Staatsanwalt hatte 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus beantragt, während das Gericht auf 1 Jahr Zuchthaus erkannte, 5 Jahre Ehrverlust und Aberkennung der Eidesfähigkeit.

Ein eigenes Kraftwerk der Reichsbahnverwaltung?

Dem neuen Großkraftwerk der Stadt Berlin droht eine Schädigung, auf die von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion in der folgenden an den Magistrat gerichteten Anfrage aufmerksam gemacht wird:

Die Reichsbahn will in nächster Zeit den elektrischen Zugbetrieb auf den Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen einführen. Ist dem Magistrat bekannt, daß die Reichsbahnverwaltung beabsichtigt, für die Stromlieferung an die Bahnen ein eigenes Kraftwerk zu errichten, das in Rummselburg errichtet werden soll, in nächster Nähe des zurzeit im Bau begriffenen Berliner städtischen Großkraftwerkes? Was gedenkt der Magistrat zu tun, um den Bau des Bahnkraftwerkes zu verhindern und die Stromlieferung an die Bahnen für die Berliner städtischen Elektrizitätswerke zu sichern, was sowohl im kommunalen Interesse der Stadt Berlin, wie im wirtschaftlichen Interesse der Berliner Bevölkerung gelegen ist?

Fünf tödliche Schwimmunfälle.

Am Sonntag vormittag gegen 1 1/2 Uhr ertrank beim Baden im Tegeler See in der Nähe von Hafenside der 19jährige Arbeiter Kurt Sahnkowitz aus der Berliner Str. 47. Sofort angeforderte Rettungsversuche verliefen ergebnislos. Dem Reichswasserleitungs gelang es nach längerem Vermühen die Leiche zu bergen. Am die gleiche Zeit ertrank in der See bei Eberbach im Weizensee der 18 Jahre alte Lehrling Willi Siedler aus der Saarbrücker Str. 80. Der junge Mann verlor plötzlich lautlos während des Schwimmens. Trotz aller Versuche gelang es bisher nicht die Leiche zu bergen. Auch am Montag nachmittag ereignete sich im Tegeler See in der Höhe der Scharfberger Enge ein Badeunfall. Der Kaufmann Gerhard Pippmann aus der Thiele-Wardenberg-Straße 1 hatte sich zu weit hinausgewagt und mußte plötzlich von einem Schwemmanfall betroffen sein. Rettungsversuche waren vergebens und der Reichswasserleitungs konnte den Ertrunkenen nur noch als Leiche bergen. Am Montag nachmittag gegen 4 Uhr ertrank beim Baden im Teufelssee im Grunewald der 18jährige Schlosser Fritz Koch aus Hirschau in Schlesien, der sich zum Besuch in Berlin aufhielt. Die Leiche konnte bisher noch nicht geborgen werden. — Um 6 1/2 Uhr ertrank im Freibad Wann-

Das Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 1. Juni.

12 Uhr mittags: Die Viertelstunden für den Landwirt. Einleitender Vortrag des Herrn Präsidenten der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg und für Berlin, Rittergutsbesitzer von Oppen-Dannenwalde. 1.45 Uhr nachm.: Stills mit Böchern. Rudolf Hans Bartsch: „Historchen“ — Fritz Müller-Partienrechen: „Die Kopierpresse“ — José Winkler: „De alle Fritz“ — Joseph Buschhorn: „Margot Helmers“ — Willy Bolsinger und Hans Rauschnabel: „Jambu watu“. 5 Uhr nachm.: Heitere Lieder. 1. Schmidt-Hagen: a) Ja, man braucht nicht erst in den Himmel hinein (Frey). 2. Schmidt-Hagen: Versäumtes Glück (Frey). 3. Stolz: Goldblondes Mädel vom Rhein (Rotter). 4. Bergmann: Vater Rhein (Hays). (Max Hays. Am Flügel: Theodor Mackeben). 5.20 Uhr nachm.: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Franz v. Sapanowaki. 6-6.30 Uhr abends: Übertragung des Nachmittagskonzerts der Tanskapelle Marek Weber aus dem Hotel Adlon. Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theatordienst. 7 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Sprachunterricht. Englisch (R. Herdmann Pender, Rektor an der Universität Berlin). 7.25 Uhr abends: Dr. W. Schütz. Dozent an der Preußischen Hochschule für Leibhebungen: „Neuzeitliches Schwimmen“. 7.50 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Hochschulkurse). Abteilung Volkswirtschaft: Dr. M. J. Bonn, Professor an der Handelshochschule Berlin: „Weltwirtschaftliche Neubildungen“. 8.30 Uhr abends: Das Gelegenheitsgeseht. Vortrag: Dr. Kurt Pinhas. Restitutions: Theodor Loos. 9.25 Uhr abends: Eine fröhliche halbe Stunde. 1. Egan-Leopoldi: Mopslova, spanischer Onestep (Berliner Funkkapelle). Leitung: Konzertmeister Percy Kaufmann. 2. a) Fall: Laß dir Zeit aus der Operette „Der liebe Augustin“. b) Stolz: Frühling in Wien. c) Offenbach: Das Urteil des Paris, aus der Operette „Die schöne Helena“ (Kammersänger Albert Kutner, Tenor). 3. a) Rumpcke: Fantasie aus der Operette „Wenn die Liebe erwacht“. b) Nelson: Nichte, Serenade aus der Ruse „Confetti“ (Berliner Funkkapelle). Anschließend: Souverterskalendar für Juni.

see infolge Herzschlages der 26jährige niederländische Staatsangehörige, Student Bifo Gemen aus Amsterdam. Die Leiche konnte geborgen werden und wurde nach der Zehlendorfer Leichenhalle gebracht.

Zur Krankenkassenaffäre von Wannsee.

Sollen die deutschnationalen Hintermänner geschont werden?

Wie uns aus Wannsee mitgeteilt wird, soll nach den dort umlaufenden Gerüchten die Unterschlagungsaffäre bei der Krankenkasse und Gewerbebank durch die Staatsanwaltschaft in Potsdam niedergeschlagen werden. Man kann es sich leicht vorstellen, daß es den Hintermännern dieser unsauberen Angelegenheit, die alle eine führende Stellung in der Deutschnationalen Partei einnehmen, höchst erwünscht ist, daß die ganze Affäre niedergeschlagen wird, denn der Beamte, der die Unterschlagungen begangen hat, hat vor der Staatsanwaltschaft, aber auch andern Personen gegenüber, diese Hintermänner als Spitzhaken, Lumpen, Straüche und Ueberecher bezeichnet. Er hat ihnen vorgeworfen, daß sie sich haben beschließen lassen, trotzdem sie wußten, wo das Geld her war. Selbst der berühmte Verbreitungsorganograph 218 des Strafgesetzbuchs spielt eine große Rolle. Ferner hatten Sammlergelder unterschlagen worden sein von Leuten, die heute noch ein Ehrenamt bekleiden. Ehrenämter sind benutzt worden, um billig ein Wassergrundstück zu bekommen. Aber alle diese Leute zusammen waren echt deutsch-national. Welche Art äußert sich die Potsdamer Staatsanwaltschaft hierzu. Um aber die deutsch-nationale Sache nicht im Sande verlaufen zu lassen, wird der preußische Justizminister rechtzeitig, durch die Anklageschriften gegen die Hintermänner, persönlich informiert werden. Anfang Januar wurden die Unterschlagungen gerügt, bis heute hat aber niemand erfahren, wann die Gerichtsverhandlung stattfindet, trotzdem es keine gewöhnlichen Verleumdungen sind, der man sich gegenzeitig beschuldigt. Auch das Provinzialhochschulrat hat sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen müssen, oder niemand erfährt, was dort beschlossen worden ist, trotzdem es doch sehr schwere Beschuldigungen sind, die gegen den Betreffenden erhoben werden. Hoffentlich trägt diese Mitteilung dazu bei, daß die Behörden jetzt rüchlos und schnell durchgreifen.

Erstes Sommerfest des Bezirksamts Friedrichshain.

Einen bemerkenswerten Versuch hat auf Anregung seines Bürgermeisters Melich das Bezirksamt Friedrichshain am Sonntagabende unternommen, indem sich die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Amtes zusammenfanden und eine gemeinsame Ausfahrt mit den schönen Dampfern der Rederei Robbling nach Raufangswerder veranstalteten. Trotz des Anfangs trüben und regenreichen Wetters hatten sich zahlreiche Teilnehmer eingefunden, die drei große Dampfer füllten. Von kommunalen Persönlichkeiten sah man außer dem Bürgermeister Melich die Stadträte Günther und Kollin und den Stadtverordneten Jahn mit ihren Frauen. Unterwegs hielt sich das Wetter auf und schließlich wurde die Fahrt auf der Dahme zu einer wahren Equipadung. Im Restaurant Waldhaus in Raufangswerder waren die Kaffeeküche einladend gedeckt und die Ansturm der Mütter auf die Kaffeeküche mit Ansehen in langer Reihe begann. Die junge Welt aber wartete den Kaffee nicht ab und begann alsbald mit dem Tanz. Draußen konzertierte eine aus Beamten des Bezirksamtes gebildete Kapelle und man konnte mit Genugtuung feststellen, daß unsere gemütlichen und guten Gelingen vortragenden Volkslieder und volkslieblichen Märsche immer wieder Freude erwecken. Herr Melendorff hielt eine humorvolle Begrüßungsansprache, die in einem fröhlichen dreifachen Hoch auf den Bürgermeister Melich, den Förderer des Festes ausklang. Danach begann erst die rechte Festrunde. Während ein Dampfer bereits um 10 Uhr die Heimfahrt antrat, fuhr das Gros der Gäste erst in aller Morgenfrühe heim. Und diese Heimfahrt am Sonntagmorgen war vielleicht mit das Angenehmste der ganzen Veranstaltung, die als ein Besuch, die Angestellten, Beamten und Arbeiter einmal außerhalb der Dienst- und Arbeitszeit menschlich näher zu bringen, sehr zu begrüßen ist. Um das Zustandekommen und die Anordnung des Festes hat sich Herr Julius Neumann verdient gemacht. Andere Bezirksamter dürften nun, nachdem der Anfang gemacht ist, bald folgen.

Billiche Fischlage. Am Dienstag und folgende Tage kommt am Verkauf: frischer Kabbau im ganzen Fisch pro Pfund 25 Pf., im Aufschnitt entsprechend teurer, frische Schollen pro Pfund 25 bis 35 Pf., je nach Größe und frische Makrelen pro Pfund 25—35 Pf. Die Verkaufsstellen sind wie immer durch Plakate kenntlich gemacht. Frischfleisch ist bekanntlich sehr leicht verdautlich und enthält die zum Aufbau des Körpers notwendigen Vitamine.

Aussäuerung eines angeblichen politischen Verbrechens. Der Polizeipräsident teilt mit: Am 11. Mai verhaftet plötzlich das Mitglied der nationalsozialistischen Arbeiterpartei, der Arbeiter Otto Lau aus Berlin. Von seinen Parteigenossen wurde angenommen, Lau sei einer Racheaktion politischer Gegner zum Opfer gefallen. Nunmehr ist der Vermittler wieder zurückgeführt. Er hatte, ohne jemandem auch nur die geringste Mitteilung zu machen, eine längere Wanderschaft unternommen.

Ein Sanitätsrat als Gassenmörder. Der Dresdener Sanitätsrat Dr. Böhme wurde festgenommen und der Staatsanwaltschaft übergeben. Dr. Böhme soll seine dritte Frau vorzüglich erschossen haben und steht im Verdacht, auch seine erste Frau durch Giftmord beseitigt zu haben.

Absturz eines Sportflugzeugs. Am Montag nachmittag, kurz nach 5 Uhr, stürzte ein Sportflugzeug bei der Ausfahrt von Ruppinsagen aus geringer Höhe östlich von Rön-Longerich ab. Beide Insassen waren sofort tot.

Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

heute, Dienstag, 7 1/2 Uhr, Abteilungsmitgliederversammlungen:

Gelehrtenkassen: Schule Gutenberg Str. 2. — Weiblich: Schule Müllersstr. 4. — Bezirk II: Jugendheim Prenzlauer Berg, 11. — Schöneberg: Jugendheim Heidelsberger Str. 1. — Schöneberg II: Jugendheim Hauptstr. 15. — Wilmersdorf: Jugendheim Heideparkstr. 4. — Wilmersdorf: Wie Schule, Heideparkstr. 7. — Steglitz II: Jugendheim Wilmersstr. 47. — Reinickendorf I (Wilmersdorf): Jugendheim Köpenick-See-Sanderstraße. — Reinickendorf II (Wilmersdorf): Schule Heideparkstr. — Reinickendorf III (Wilmersdorf): Jugendheim Köpenick-See-Sanderstraße. — Reinickendorf IV: Jugendheim Köpenick-See-Sanderstraße. — Reinickendorf V: Jugendheim Köpenick-See-Sanderstraße. — Reinickendorf VI: Jugendheim Köpenick-See-Sanderstraße. — Reinickendorf VII: Jugendheim Köpenick-See-Sanderstraße. — Reinickendorf VIII: Jugendheim Köpenick-See-Sanderstraße. — Reinickendorf IX: Jugendheim Köpenick-See-Sanderstraße. — Reinickendorf X: Jugendheim Köpenick-See-Sanderstraße. — Reinickendorf XI: Jugendheim Köpenick-See-Sanderstraße. — Reinickendorf XII: Jugendheim Köpenick-See-Sanderstraße. — Reinickendorf XIII: Jugendheim Köpenick-See-Sanderstraße. — Reinickendorf XIV: Jugendheim Köpenick-See-Sanderstraße. — Reinickendorf XV: Jugendheim Köpenick-See-Sanderstraße. — Reinickendorf XVI: Jugendheim Köpenick-See-Sanderstraße. — Reinickendorf XVII: Jugendheim Köpenick-See-Sanderstraße. — Reinickendorf XVIII: Jugendheim Köpenick-See-Sanderstraße. — Reinickendorf XIX: Jugendheim Köpenick-See-Sanderstraße. — Reinickendorf XX: Jugendheim Köpenick-See-Sanderstraße.

Schönhauser Verkehr II: Schule Heidepark Str. 2. Vertretung: „Darmstadt“ — Oben Str. 2: Jugendheim Köpenick-See-Sanderstraße. — Unter den Eichen: Jugendheim Köpenick-See-Sanderstraße. — Unter den Eichen II: Jugendheim Köpenick-See-Sanderstraße. — Unter den Eichen III: Jugendheim Köpenick-See-Sanderstraße.

Wetterschutzdienst. Wir fordern die Jugend auf, am Mittwoch, 2. Juni, 6 Uhr, bei Pfarrer, Hauptstr. 2, sich an der Flugplatzüberprüfung zu den Ehrenbereitschaften zu beteiligen.

Sport.

Die nächsten Rennen der Olympia-Reiterbahn finden am kommenden Sonntag statt und bringen mit dem Goldenen Ren von Berlin' guten heißen Sport. Das Rennen geht über 100 km und wird in einem Lauf ausgetragen. Witzig, Samal und Müller treffen auf Linart, der mit diesem Start sein erstes Rennen auf einer deutschen Bahn bestritten. Eine besondere Rolle wird der Weltreitermann Tranter beim Rennen spielen.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachtr. betr.) Gewiss kühler, reichlich bewölkt mit Neigung zu leichten Regenschauern und lokalen Nebeln. Höchst- und Mindesttemperatur: 16°C bis 7°C. Nachts: Regen. Wind: Südwest. Regen: 5 mm. Bewölkung: 3/4. Sichtweite: 5 km. Luftdruck: 1015 mm. Feuchtigkeit: 85%. Windrichtung: Südwest. Windstärke: 3-4 km/h. Sichtweite: 5 km. Luftdruck: 1015 mm. Feuchtigkeit: 85%. Windrichtung: Südwest. Windstärke: 3-4 km/h.

Die Chemikertagung in Kiel.

Von Dr. B. Borchardt.

Vom 25. bis 29. Mai hielt der Verein Deutscher Chemiker seine diesjährige Hauptversammlung in Kiel ab. Es ist das die größte Vereinigung deutscher Chemiker überhaupt — sie zählt rund 7000 Mitglieder —, die neben rein wissenschaftlichen auch die wirtschaftlichen Interessen der Chemiker, und zwar sowohl der an wissenschaftlichen Instituten tätigen sowie aller in der Industrie beschäftigten Chemiker vertritt. Auf der diesmaligen Hauptversammlung spielten die wirtschaftlichen Angelegenheiten allerdings keine so hervorragende Rolle wie im vorigen Jahr auf der Hauptversammlung in Nürnberg. Es wurde, einer Anregung der Bunsen-Gesellschaft folgend, beschlossen, eine Eingabe an die Regierungen zu richten, der sich auch die anderen großen Chemikerorganisationen, die Deutsche chemische Gesellschaft und der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie, anschließen, worin eine bessere Ausgestaltung der chemischen Forschungsinstitute verlangt wird. Es ist dies im Interesse des wissenschaftlichen Nachwuchses dringend notwendig, wenn nicht die wissenschaftliche Chemie und damit auch die verschiedenen Zweige der chemischen Industrie in Deutschland gegen das Ausland ins Hintertreffen geraten sollen. Mehr noch als auf vielen anderen Gebieten gilt in den Naturwissenschaften und besonders auch in der Chemie das Wort: Stillstand ist Rückschritt.

Von den wissenschaftlichen Vorträgen dürften allgemeineres Interesse vor allem die von Prof. Warburg-Berlin und Haber-Berlin erregten. Der erstere sprach unter dem Titel: „Neuere Arbeiten über die chemischen Vorgänge in der lebenden Zelle“ über den gegenwärtigen Stand der Krebsforschung. Bei Tieren kann durch Bepinseln der Haut mit Teer sowie durch Bestrahlung mit Röntgenstrahlen Krebs hervorgerufen werden. Warburg folgert daraus, daß ganz normales Gewebe Zellen enthält, aus denen Krebs entstehen kann, ohne daß irgendeine Körperfremde Zelle mitwirkt. Daraus zieht er den Schluß, daß es, wie er mit Nachdruck hervorhebt, keinen spezifischen Bazillus gibt, der als Krebsreger anzusprechen wäre, daß der Krebs vielmehr eine Infektion mit körpereigenen Zellen und das Krebsproblem ein Problem der Zellphysiologie ist. Die sehr eingehenden Untersuchungen an Krebsgeschwülsten sowohl von verschiedenen Tieren als auch von verschiedenen menschlichen Krebsen, die sich auf den Stoffwechsel der Zellen in den Geschwülsten mit Rücksicht auf den Stoffwechsel normalen Gewebes beziehen, zeigten das Ergebnis, daß bei Entziehung von Sauerstoff, also bei Erstickung, nur ein kleiner Teil der Zellen des normalen Gewebes am Leben bleibt und daß diese sich nach Art, Größe und Wirkung ihres Stoffwechsels von Krebszellen nicht unterscheiden. Allerdings sind die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen; immerhin glaubt Warburg mit einem hohen Grad von Wahrscheinlichkeit behaupten zu können, daß zwar die Zellen der Krebsgeschwülste auf die Dauer nicht ohne Sauerstoff leben können, daß aber die Erstickung normalen wachsenden Gewebes ausreicht, um Krebs zu erzeugen.

Prof. Haber sprach über „Das Gold im Meereswasser“. Seit über 50 Jahren, bis in die neueste Zeit, tauchen immer wieder Nachrichten in Zeitschriften und Zeitungen auf, wonach Verfahren patentiert sind, das im Meereswasser gelöste Gold zu gewinnen, und wonach im Kubikmeter Wasser 5 bis 10 Milligramm, ja nach manchen Angaben sogar 30 Milligramm Gold enthalten sind. Würde der Goldgehalt auch nur ganz wenige Milligramm betragen, so würde die Ausrüstung eigener Schiffe für diese Goldgewinnung lohnen, und deshalb wurde mit Hilfe der Hamburg-Amerika-Linie ein besonderes Schiff als schwimmendes Laboratorium ausgestattet, mit dem Haber analysierend den Atlantischen Ozean nach allen Richtungen durchfuhr. Das Resultat seiner sehr sorgfältigen Untersuchungen war recht überraschend: das Wasser enthielt im Kubikmeter nur ein Tausendstel bis ein Hundertstel Milligramm Gold.

Trotz der Sorgfalt seiner Untersuchungen war Haber angefaßt von den vielen früheren Angaben über den Goldgehalt seinen eigenen Resultaten gegenüber zunächst mißtrauisch und besorgte sich nimmermehr unter Mithilfe des deutschen Forschungsschiffes „Meteor“ und der dänischen Forschungsschiffe „Dana“ und „Godthaab“ weit über 5000 Wasserproben aus den verschiedensten Weltmeeren und den verschiedensten Gegenden. Aber das Resultat war immer das gleiche. Nur im Wasser des Polarmeeres wurde etwas mehr Gold gefunden,

Zweierlei Maß.



Was dem einen sein Uhl — ist dem andern sein Nachtigall.

und in einer Probe geschmolzenen Polareises sogar einmal erheblich mehr. Den Grund für diese Ergebnisse sieht Haber darin, daß Gold im Meereswasser überhaupt nicht in gelöstem Zustande vorkommt, sondern die geringen gefundenen Goldspuren schreibt er den mineralischen, pflanzlichen und tierischen Trüben des Wassers zu, die im Polarmeere und Polareis erheblich stärker sind als anderwärts. Natürlich hält er es nicht für ausgeschlossen, daß vielleicht an irgendeiner Stelle im Weltmeer sich eine örtliche Anhäufung von goldführenden Trüben finden könnte, die auch sogar das Ausschleichen des Goldes lohnen würde, aber für seine Person gleicht er wörtlich den Schluß: „Ich habe es ausgegeben, nach dieser zweifelhaften Stecknadel in einem Heuhaufen, der wahrscheinlich leer ist, zu suchen.“

Wie aber sind die früheren Angaben zustande gekommen? Haber meint, daß die Gefahr weit unterschätzt und gar nicht genügend beachtet wurde, daß durch die Untersuchungsmethoden selbst genügende Mengen von Gold in das zu analysierende Wasser hineingetragen worden sind, wie es erst in allerjüngster Zeit bei dem sogenannten künstlichen Gold aus Quecksilber offensichtlich der Fall gewesen sei.

Naturgemäß finden sich unter den etwa 100 wissenschaftlichen Vorträgen eine ganze Reihe, die ihrer Bedeutung für die Technik und Industrie halber allgemeinerer Aufmerksamkeit und Beachtung verdienen.

65fache Lebensverlängerung!

Vor ungefähr 40 Jahren stellte der berühmte Zoologe August Weismann den Satz auf, daß die einzelligen Lebewesen theoretisch unsterblich seien. Seitdem ist an diesem Problem der Unsterblichkeit ungeheuer viel gearbeitet worden, aber erst in neuester Zeit ist man zu befriedigenden Ergebnissen gelangt. In der Hauptsache ist Weismanns Satz bestätigt worden; denn es hat sich gezeigt, daß man tatsächlich gewisse Einzeller jahrelang in Kulturflüssigkeit halten kann, in denen sie sich fortwährend teilen, ohne daß ein Absterben eintritt. Auf diese Weise folgen tausende von Generationen aufeinander. So ist es z. B. R. Hartmann gelungen, von dem Kugeltierchen Eudorina elegans im Verlauf von 10 Jahren über 3500 Generationen durch ungeschlechtliche Vermehrung zu erhalten. Die Lebewesen waren also in gewissem Sinne „unsterblich“, solange sie der experimentierende Mensch unter günstigen Bedingungen hielt.

Gegen die Experimente hat man nun aber schon immer mit Recht geltend gemacht, daß sie doch keine tatsächliche Unsterblichkeit der Einzeller erweisen. Denn durch die Fortpflanzung, durch die Zweitteilung wird ja das vorhandene Individuum doch zerstört. Zwar tritt keine Leiche auf, die nach Weismann ein wesentliches Kennzeichen des Todes ist; aber dennoch kann man nicht sagen, daß die durch eine Teilung entstandenen beiden neuen Amöben dasjenige seien wie die eine Amöbe vor der Teilung. Die Fortpflanzung tritt hier also gewissermaßen an die Stelle des Sterbens. Eine Unsterblichkeit wäre für die Einzeller erst dann erwiesen, wenn es gelänge, durch experimentelle Maßnahmen auch die Zellteilung auszuschalten und die Organismen dennoch beliebig lang am Leben zu erhalten.

Diesen Weg beschritt nun R. Hartmann. Zunächst versuchte er bei einem anderen Kugeltierchen mit dem wissenschaftlichen Namen Gonium sociale die Fortpflanzung zu verhindern und die Zellen doch in dauerndem Wachstum zu erhalten. Dabei entstanden Riesenzellen von der vierfachen Größe, die wochenlang am Leben blieben, während die normalen Organismen sich nach 1 bis 2 Tagen zu teilen pflegten. Während also bei einem gewöhnlichen Gonium die Individualität durch die Fortpflanzung schon nach höchstens zwei Tagen zerstört wurde, blieb sie bei den behandelten Tieren einige Wochen erhalten. Das bedeutet natürlich im Vergleich zu den normalen Organismen schon eine ganz gewaltige Lebensverlängerung — aber eine Unsterblichkeit war es noch nicht, da auch diese Riesenzellen schließlich zugrunde gingen, wenn sie sich nicht fortpflanzten „durften“.

Neuerdings ist es nun aber R. Hartmann bei einem anderen Einzeller doch gelungen, die tatsächliche Fähigkeit der Unsterblichkeit zu erweisen. Die Gefahr des Riesenzellwachstums wurde dadurch ausgeschaltet, daß regelmäßig ein Stück der Zelle abgetrennt wurde. So wuchs der Organismus zwar immer weiter, kam nie zur Fortpflanzung, ging aber auch nicht zu grunde, weil durch die Operation eine Vergrößerung verhindert wurde. Dieses für das Problem der Unsterblichkeit so außerordentlich wichtige Experiment gelang bei der bekannten Amöbe proteus. Die Zellen wurden täglich operiert. In einer solchen Kultur wurden ihnen 130mal nacheinander die sogenannten Scheinfäden abgelassen. Dadurch unterblieb die Fortpflanzung, aber auch das Wachstum wurde in normalen Grenzen gehalten. Im Verlauf dieser Kultur machten nun die Schmeißerzellen in einer Kontrollkultur 65 Teilungen durch; daher ist das Leben der operierten Amöbenindividuen gegenüber dem ihrer Schmeißerzellen um das 65fache verlängert worden. Da man dieses Experiment beliebig fortsetzen kann, ist die Unsterblichkeit der Einzeller bewiesen.

Die Pfeife von Saloniki.

Von Iga Ehrenburg.

1) Wenn man einem Esel sagt: vor dir ist eine Ruhestätte, hinter dir eine Felschlucht, so wendet er sich zurück. Dafür ist er ein Esel. Außer den Eseln wird sich aber niemand gegen offenkundige und ewige Wahrheiten auflehnen. Als der Saloniker Althändler Jochua für eine alte Pfeife aus rotem Levanteton mit einem Jasminstiel und einer Bernsteinspitze zwei Lire forderte, ärgerte ich mich, denn in dem Tabakladen nebenan kostete die gleiche Pfeife, sauber, neu, ohne Risse und ohne Flecken zwei Pfaster. Aber Jochua sagte:

„Natürlich, eine Lire ist nicht ein Pfaster, aber die Pfeife Jochuas ist auch keine neue Pfeife. Alles, was für die Unterhaltung der Dummheit geschaffen ist, verdirbt mit dem Alter und wird billiger. Alles, was für den Genuß der Weisen geschaffen ist, steigt mit den Jahren im Wert. Für ein junges Mädchen zählt ein Gent zwanzig Pfaster, für eine alte Herumtrotzlerin hat er kein Schälchen Kaffee übrig. Jedoch der große Waimonides war mit zehn Jahren ein Kind unter anderen Kindern; als er aber fünfzig Jahre alt war, drängten sich die Weisen Europas, Afrikas und Asiens im Vorraum seines Hauses und warteten auf ein Wort aus seinem Munde, deren jedes war wie ein vollgewichtiger Dukaten. Ich fordere von dir zwei Lire für die Pfeife, weil ich sie jeden Tag siebenmal geraucht habe, außer am Tage des Sabbat, an dem ich überhaupt nicht rauche. Und zum ersten Male habe ich sie geraucht nach dem Tode meines unvergesslichen Vaters Eleasar ben Elia, als ich achtzehn Jahre alt war, und jetzt bin ich achtundsechzig. Sind etwa fünfzig Jahre Arbeit Jochuas nicht zwei Lire wert?“

Ich tat nicht wie ein Esel und lehnte mich nicht gegen die Wahrheit auf. Ich gab Jochua zwei Lire und dankte ihm von ganzem Herzen für die wertvolle Belehrung. Das rührte den greisen Althändler so sehr, daß er mich aufforderte, mit in sein Haus zu kommen. Hier setzte er mich in einen bequemen osmanischen Sessel, zwischen die wüßig gelächelte Urgroßmutter und den auf einem runden europäischen Gegenstand posierten Urkel, während er mich logisch mit der ganzen Süße und Bitterkeit des jüdischen Volkes,

das heißt, mit Meerrettich und Honig bewirtete, und fuhr in seinen Belehrungen fort, vielleicht aus angeborenem Proselitensmachertum, vielleicht aber, weil er hoffte, auch für sie gute Lire zu erhalten.

Ich hörte viele große abstrakte Wahrheiten und viele kleine praktische Ratsschläge. Ich erfuhr, daß, wenn jemand geboren wird, man sich freuen müsse, denn das Leben sei besser als der Tod, wenn aber jemand sterbe, so sei ebenfalls kein Grund zur Betrübniß, denn der Tod sei besser als das Leben. Ich erfuhr, daß man eine neu erworbene Pelzmütze am besten mit Ramendelmölz besprenge, um den seltsamen Biber vor einer nach seinem Ableben eintretenden Kahlheit zu bewahren, und daß, wenn man viel auf Hammelfett gebadene Kuchen esse, man Baktrienwurzel dazu essen und wiederholt den Leib sanft von rechts nach links reiben müsse, um kein Sodbrennen zu bekommen. Ich erfuhr noch vieles andere, was zwar weder im Talmud noch in der Hagada steht, was aber jeder Jude wissen muß, der seine Söhne alleseitig zu erziehen wünscht. Diese Lehren des Saloniker Althändlers Jochua werde ich höchstwahrscheinlich einmal veröffentlichen; für diesmal muß ich mich darauf beschränken, die eine Geschichte wiederzugeben, die eng mit meinem Erwerb verknüpft ist, die Darstellung dessen, wie und warum der junge Jochua dazu gekommen ist, die Pfeife aus rotem Levanteton mit einem Jasminstiel und einer Bernsteinspitze zu rauchen. Ich gebe die Geschichte in ihrer ganzen herediten Schlichtheit wieder. Die Weisheit eines alten Volkes verbietet sich mit der nicht zu ersinkenden Leidenschaftlichkeit, die nach den Steppen der gemäßigten Länder der Diaspora aus der schwülen tannaistischen Erde herübergebracht wurde. Ich weiß, daß es viele lehrerisch nennen und daß manche Hebräer sogar bezweifeln werden, daß ich ein tatsächlich beschrittener Jude bin, ungeachtet aller Sinnfälligkeiten dieser Tatsache. Aber in der Geschichte der Pfeife Jochuas ist unter einer groben Hülle viel duftende Wahrheit verborgen, und der Wahrheit widerstreben, wie ich schon sagte, nur die Esel. Fünfzig Jahre vor meinem Erlebnis war der altgewordene Eleasar ben Elia plötzlich an einer Verdauungsstörung erkrankt. Wahrscheinlich hatte er im Laufe seines Lebens nicht wenig mit Hammelfett gebadene Pasteten gegessen, und da nicht die Söhne die Väter belehren — besonders nicht Tote —, so konnte auch Jochua, der erst viel später von der heilsamen Wirkung der Baktrienwurzel erfuhr,

seine Väter damals nicht im mindesten erleichtern. Da er sein Ende herannahen fühlte, versammelte Eleasar den Elia seine vier Söhne: Jehuda, Leib, Jofel und Jochua um sein Lager. Außer diesen vier Söhnen besaß Eleasar den Elia auch noch vier Töchter, aber diese ließ er nicht zu sich rufen, erstens weil sie alle vier verheiratet waren, zweitens weil Frauen nichts dabei zu schaffen haben, wenn ein Mann einen anderen belehrt. Denn eben zu weiser Belehrung und nicht zu leerem Geschwätz hatte Eleasar seine Söhne kommen lassen.

Zunächst wandte er sich an alle vier mit der tiefgründigen Einleitung: „Eitelkeit der Eitelkeiten, alles ist eitel und Ermüdung des Geistes, aber da dies durchaus nicht neu war und alle vier zu ihrer Zeit für leichte Entstellungen dieses Textes die Berührung der Handfläche des Lehrers mit ihren pausbäckigen Kinderwangen gespürt hatten, so waren sie, als sie die bekannten Worte hörten, nicht im mindesten erstaunt, sondern warteten geduldig des Weiteren. Der Vater bemühte sich, den Gedanken des Etkleffastens durch die Erfahrung seines langen und lastenschweren Lebens zu unterstützen. In fünfundsiebzig Jahren hatte er die Richtigkeit aller Wünsche erfahren und beschwor seine Söhne, Sehnsüchte aller Art von sich zu weisen. Das Leben glich nach seinen Worten einem Schmetterling: aus der Ferne herrlich anzusehen, verliert er in der Nähe seinen Schimmer und beschmutzt den Finger des Menschen mit seinem elenden Staub. Nachdenken über irgend etwas heißt: Vieles beherrschen. Irgend etwas erhalten heißt: sofort alles verlieren. Aber auch diese tiefen Wahrheiten kamen den Söhnen bekannt vor, wie etwas, das sie viele Male gehört hatten, zwischen der biblischen Handfläche des Lehrers und den erfrischenden Ohrfeigen, weshalb sie den Vater ehrfürchtig baten, zum Kern der Sache selbst überzugehen. Eleasar ben Elia winkle darauf seinen ältesten Sohn Jehuda zu sich heran. „Als ich jung war wie du, seufzte ich nach Liebe. In der Synagoge — statt meinen Oberkörper zu wiegen und ehrlich zu beten — redete ich meinen Kopf in die Höhe und sah nach den Frauen, die an die Schwämmchen erinnern, die unter dem Dache zwischern. Einmal, als ich an einem türkischen Bade vorüberging, hörte ich den Klang eines Rufes und fand ihn herrlicher als die Basen des Morgengebets und des Abendgebets.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Banken in der Wirtschaftskrise.

Nominelle Diskontpolitik. — Bedeutung der neuen Zwischenbilanzen.

Die Leiter unserer Großbanken sind schlechte Propheten. Noch am 15. September vorigen Jahres hat Dr. Wassermann von der Deutschen Bank auf dem 6. allgemeinen deutschen Bankierkongress mit starker Präzision verkündet, eine allgemeine Wirtschaftskrise liege nicht vor. Wenige Wochen darauf war die schwerste Wirtschaftskrise im Land und Fürstberg, der Außenleiter unter den Großbankleitern, behielt mit seinem Optimismus recht. Er hatte damals auf eine Bemerkung, daß wir ja nun wohl über den Berg seien, faststisch geantwortet, daß, wenn das richtig sei, es ja nun bergab gehen würde. Er behielt aber nicht nur recht für die Wirtschaft, sondern auch für die Banken.

Die Krisenverluste der Banken.

Es steht heute fest, daß das Gewitter, das mit dem Zusammenbruch des Hauses Stinnes für die Privatbanken heraufzog und das nur durch das Opfer mehrerer Großkonzerne für die Gläubigerbanken zu einem glimpflichen Ende kam, nur das Vorpiel zu härteren und realeren Verlusten war, die mit dem Massenzusammenbruch von Firmen und den Massenprotesten von Wechseln über die Banken hereinbrachen. Diese Verluste waren sehr groß. Sie wurden nur von den Banken verschwiegen, die durch Verabredung sich auf die Ausschüttung einer Preisgebührende verpflichtet hatten, und von den Gewinnern vorweg in Abzug gebracht, die sie in ihren Abschlußbilanzen auswiesen. Die Devisenpolitik brauchte sich um diese Verluste nun nicht weiter zu kümmern, einmal, weil sie Verluste von privaten Unternehmungen waren, und zum anderen, weil die Privatbanken in den letzten Monaten durch die Haussebewegung auf dem Effekten- und Kapitalmarkt diese Verluste mehr als kompensiert haben. Aber der kreditwirtschaftliche Rahmen, in dem sich dieser Sanierungsprozeß der Privatbanken vollzog, auch seine all-gemeinwirtschaftlichen Folgen und Gefahren, stellen diesen Sanierungsprozeß der Privatbanken in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Sein Ergebnis ist nämlich ein Zustand der Geld- und Kapitalmärkte, den man ohne Übertreibung als anarchisch bezeichnen darf.

Günstige Wirkungen.

Zunächst allerdings scheinen die Auswirkungen der Krise auf die Politik der Banken und auch für die Wirtschaft günstig. Während nämlich auf dem Bankierkongress vom September es noch als unmöglich und auch als unzumutbar erklärt wurde, die auf der Wirtschaft liegende Last der Zinsen und Provisionen zu verringern, haben die von den Banken erlittenen Verluste sowohl als auch der Kampf um der stark verengerten Geschäftsbasis um die wenigen in der Krise noch möglichen guten Geschäfte eine beträchtliche Senkung der Zinsen auf dem Geldmarkt gebracht. Was aber noch wichtiger ist, als diese Senkung der absoluten Zinssätze auf dem Geldmarkt, das ist die Verringerung der Zinsspanne und die Verschärfung der Bankenkonkurrenz. Wenn auch die Ermäßigung der Kreditprovision vom Oktober vorigen Jahres von jährlich 3 auf 2,4 Proz. noch als Scheinungsmaßnahme der Banken an die damalige Preisabwärtsaktion der Regierung Luther angesehen werden mußte, denn die Banken schlugen in den meisten Fällen die Differenz einfach an anderer Stelle wieder auf, so konnten sie sich doch der zweimaligen Diskontermäßigung durch die Reichsbank und (noch wichtiger!) der Verringerung der Lombardspanne im Februar von 2 auf 1 Proz. nicht entziehen. Auf der einen Seite ließen sie den Diskontberoberungen für die provisionspflichtigen Einlagen wenigstens eine Senkung der vergüteten Zinsen um nur 1/2 Proz. folgen, und zum anderen mußten sie die Zinsspanne mit der Herabsetzung des Lombardfußes um ein volles Prozent verringern. So ging die Zinsspanne von 7,9 bzw. 8,4 auf 6,9 bzw. 7,4 Proz. zurück. Aber auch die Verschärfung der Bankenkonkurrenz hatte günstige Wirkungen. Der Kampf um das wenige gute Wechselmaterial, den die letzte Diskontberoberung am 27. März auf 7 Proz. und die Unanbringbarkeit der massenhaften arbeitslosen Gelder noch verschärfen mußte, führte durch das Ausbreiten wichtiger Banken aus den festgelegten Diskontkonditionen zur Freigabe des Wechselgeschäfts und damit zum Abwurf der Zinssätze für gute Wechsel bis weit unter den Reichsbankdiskont. In diesem Punkte aber beginnt die Gefahrengrenze der Entwicklung.

Geld- und Kapitalmarkt ohne Lenkung.

Die antroende Wirkung der Zinssenkungserleichterung auf die Wirtschaft und damit für die Lösung der Wirtschaftskrise blieb aus. Einmal blieb die Zinsspanne mit ihren 6,9 bzw. 7,4 Proz. noch zu groß. Denn gerade für die wichtigsten des Wirtschaftsprözes anregenden offene n Kredite blieb es bei den alten übermäßigen Zinssätzen. Die von der Reichsbank jetzt durchgeführte Kreditlenkung hat die Beleuchtung dieses wundensten Punktes der privaten Bankpolitik zum Ziel. Sodann fanden die massenhaften durch die Abzug- und Beschäftigungskrisis freigesetzten Wirtschaftsgelder, verstärkt um große Summen noch nicht verwendeter Auslandskredite, auf einem Kapitalmarkt Zuflucht, auf dem sich durch die Steuerabkaufpolitik des Reiches zahlreiche Kommunen und sonstige öffentliche Körper als Kapitalnehmer einfanden und dessen Aufblähung von den Banken noch gefördert werden mußte, um für die erlittenen

Verluste und das mögliche direkte Kreditgeschäft Ersatz zu finden. Die Möglichkeit, sich billigeres Kapital auf dem deutschen Kapitalmarkt als durch Buchkredite bei den Banken oder im Ausland zu verschaffen, mußte auch die Industrie noch auf den Kapitalmarkt führen. Es ist klar, daß die Ueberwindung der wirtschaftlichen Depression und der Wiederaufstieg zur Konjunktur für den Kapitalmarkt gefährlich werden muß, wenn die zweite Gefahr der Entwicklung der Dinge diesen Wiederaufstieg nicht überhaupt zunächst verhindern wird.

Diese liegt nämlich darin, daß heute die Lenkung der Kreditwirtschaft dem Zufall überlassen ist. Daß die Diskontsätze der Privatbanken für gute Wechsel unter Reichsbankfuß stehen und die Reichsbank kaum eine Hoffnung haben darf, durch Diskontermäßigung etwa die Privatbanken wieder unter ihre Führung zu zwingen, nimmt der Reichsbank das wichtigste Instrument zur Lenkung der Kreditwirtschaft sowohl als auch zur Regulierung des Geldumlaufs. Sie ist rein auf die Konkurrenz um das Wechselgeschäft mit den Privatbanken angewiesen, und weil die Privatbanken die Rediskontierung bei der Reichsbank weder vorzunehmen brauchen noch die Reichsbank sie dazu anhalten kann, ist alle Diskontpolitik der Reichsbank heute rein nominell. Soweit nur die hohen Kosten des offenen Buchkredits dessen Inanspruchnahme hindern und soweit nur Wirtschaftsgelder durch die Krisis freigesetzt sind, müssen diese hemmungslos auf den Kapitalmarkt fließen und dort auch Nachfrage finden. So ist die Diskontpolitik nicht nur auf dem Geldmarkt für das Angebot, sie ist auch auf dem Kapitalmarkt für die Nachfrage wirkungslos, und es ist deshalb nicht abzusehen, wann und mit welchen Mitteln Geld- und Kapitalmarkt wieder in jene gesunde Kommunikation miteinander gebracht werden können, die zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise unentbehrlich ist.

Der Spiegel der Zwischenbilanzen für Ende April.

Zur Verdeutlichung dieser Zusammenhänge sind die für Ende April wieder veröffentlichten Zwischenbilanzen der Banken von erheblichem Gewicht, besonders wenn man sie mit den früheren Bilanzen und zugleich mit der Entwicklung der Reichsbankgeschäfte vergleicht. Während sich nämlich der Wechselbestand der Reichsbank seit Jahresbeginn (unter Berücksichtigung der in ihm noch enthaltenen Fremdwährungen) sich um annähernd die Hälfte gesenkt haben dürfte, ist der Wechselbestand der sechs Berliner Großbanken (ohne Handelsbank) von 1247 auf 1382,9 Millionen, derjenige der Kreditbanken insgesamt von 1441 Ende Oktober 1925 auf 1741 Millionen Ende April angewachsen. Nur die von den Privatbanken wegen ihrer „Privatbank“ geschäfte so viel befürchteten Girozentralen blieben in ihrem Wechselbestand stabil: gegen 162 Millionen Ende Oktober 1925 ist er mit 160,5 Millionen noch um 1,5 Millionen niedriger. Das starke Börsengeschäft und die Emissionen auf dem deutschen Kapitalmarkt spiegeln sich in zwei anderen Positionen wieder: bei den Berliner Großbanken stieg das Lombard- und Reportgeschäft von Ende Dezember bis Ende April von 119 auf 230 Millionen, bei sämtlichen Kreditbanken von Ende Oktober mit 136 Millionen bis Ende April auf 284,3 Millionen. Das ist das Doppelte. Die eigenen Wertpapiere stiegen für die Großbanken in den entsprechenden Monaten von 61,4 auf 82,3 Millionen, für die Kreditbanken insgesamt von 113 auf 124,3 Millionen. An dieser Steigerung des Effektenbestandes sind natürlich auch die Girozentralen (Oktober bis April) mit 21 auf 48,4 und die berichtenden drei Hypothekendarlehenbanken mit 17 auf 32,2 Millionen beteiligt. Besonders interessant ist die Entwicklung der Buchforderungen, soweit sie in gedeckter und ungedeckter unterchieden sind. Insgesamt zeigt sich weder bei den Großbanken noch bei den Kreditbanken zusammen eine sehr fühlbare Vermehrung. Vollständig umgekehrt aber wurde das Deckungsverhältnis durch Sicherungsübernahme. Wie die gedeckten Kredite anwachsen, so nahmen die ungedeckten ab (1458/1563: 837/871 und 1794/2153: 1335/1080); ein deutliches Zeichen, wie alarmierend die Konzernzusammenbrüche und die Krisenverluste auf die Bankpolitik gewirkt haben. Ganz anders das Debitorengeschäft bei den Girozentralen: in laufender Rechnung stiegen die Außenstände nur geringfügig auf 371,3 Millionen; dagegen wuchsen die langfristigen Darlehen sprunghaft auf 696,2 Millionen; auf der anderen Seite steht eine ebenso sprunghafte Steigerung des Bestandes an langfristigen Anleihen auf 295 Millionen.

Unter den Passiven zeugen die durchweg stark gestiegenen Guthaben bei anderen Banken für die Ende April immer noch äußerst starke Flüssigkeit des Geldmarkts und Aufnahmebereitschaft für Emissionen des Kapitalmarkts. Dagegen sind die eigentlichen Einlagen (auf beiden Konten) nicht in dem gleichen Verhältnis gewachsen. Bei sämtlichen 88 Kreditbanken wuchsen die Einlagen aus provisionsfreier Rechnung zwar von 2240 Millionen Ende Oktober auf 2874 Millionen Ende April; die sonstigen Einlagen (sonstige Kreditoren) gingen aber von 2137 auf 1884 Millionen zurück. Doch es auch für den Verkehr innerhalb der Banken nicht an Mitteln fehlt, zeigt der Stand der Bankkapitale, der bei den privaten und öffentlichen Banken auf der ganzen Linie rückgängig ist.

Damit sind die Zwischenbilanzen ein deutliches Spiegelbild aller derjenigen Symptome, die wir als für die Verfassung des Geld- und Kapitalmarkts charakteristisch oben gekennzeichnet haben.

Die deutschen Waldkonzessionen in Rußland.

Zum Geschäftsabschluss der Mologa Holzindustrie A.-G.

Bekanntlich hat Sowjetrußland mit seiner Konzessionspolitik, durch die es den westlichen Kapitalismus in risikoreicher, aber einträglicher Weise sich dienstbar machen wollte, wenig Glück. Trotz selbst bezifferte im vorigen Jahre den damaligen Produktionswert der 90 bestehenden Konzessionen, mit Ausnahme der Waldkonzessionen, auf nur 1 Million Rubel. Immerhin sind aber gerade die Waldkonzessionen die wertvollsten. Die wichtigste unter ihnen ist die unter deutschem Einfluß stehende Mologa Holzindustrie A.-G. Berlin-Leningrad (Ausschüttungsleiter Dr. Wirth), deren Gründung im Zusammenhang mit dem Kapalko-Vertrag auch politische Bedeutung hatte und deren Konzession einen geschätzten ausbeutbaren Waldbestand bei Mologa-Rybnik in der Größe des halben Freistaats Sachsen umfaßt. Von dieser Mologa-Gesellschaft liegt nun der erste Geschäftsbericht nach der Goldumstellung zum 30. September 1925 vor.

Die Ausdehnung, die die Gesellschaft in dem vergangenen Jahre genommen hat, läßt sich am besten aus der Veränderung der Bilanzfiguren erkennen. Der Wert der Wertanlagen (darunter 1925 neu eine nach dem Geschäftsbericht sehr lukrativ arbeitende moderne Riffenfabrik in Solny) ist von 1,82 auf 2,87 Millionen erhöht, der Wert der Betriebseinrichtungen mit 1,07 gegen 0,48 Millionen mehr als verdoppelt. Die Forderungen aus laufenden Verkäufen (8,67 gegen 3,79 Millionen) und die Holz- und Produktenerträge (14,94 gegen 6,45 Millionen) sind gegen das Vorjahr fast perzentual verdoppelt. Die Schulden der Gesellschaft, die noch immer zum größten Teil dem Ausbau der Konzession dienen (das eigene Kapital ist auch dann noch gering, nur die durchgeführte Erhöhung auf 3 Millionen berücksichtigt wird) und entsprechend von 14,04 auf 29,83 Millionen gestiegen. Am deutlichsten kommt die Ausdehnung der Geschäfte in der Bilanzsumme zum Ausdruck, die mit 30,17 gegen 14,38 Millionen ebenfalls mehr als verdoppelt ist.

Der Geschäftsbericht ist leider sehr dürftig. So sind keine Produktions- und Abgabfiguren gegeben, auch nicht das

Verhältnis gekennzeichnet, in dem sich der Absatz vom Weltmarkt ab nach Innerrußland verschoben hat. Es wäre gut gewesen, wenn die für 1925 von anderer Seite angegebene Monatsproduktion von 3000 Waggons auch durch den Geschäftsbericht kontrollierbar gewesen wäre. Dasselbe gilt für die Behauptung, daß die von der Gesellschaft nach dem Konzessionsvertrag zu bauende Rollbahn im Konzessionsgebiet mit 300 Kilometern schon fertiggestellt sei. Ebenso fehlen Mitteilungen über die Zahl, Unterbringung und Versorgung der Belegschaften, deren Unterbringung und Versorgung ja erhebliche Mittel beansprucht. Ueber die Bemühungen der Wirths, Auslandskapital zur Konsolidierung der kurzfristigen Schulden zu beschaffen, verlautet ebenfalls nichts. Das alles wäre sehr wichtig gewesen, weil die Gewinnrechnung bei 6,22 Millionen Holzzertrag und 5,91 Millionen Generalaufkosten nach 0,44 Millionen Abschreibungen mit einem Verlust von 127,226 Mark abschließt. Dieser Verlust ist bei vollständiger neu aufzubauenden Konzessionsunternehmungen durchaus nichts Ungewöhnliches, im Gegenteil. Aber um so sorgfältiger müßte der Geschäftsbericht, auch angesichts der wirtschaftspolitischen Bedeutung dieser speziellen Konzession, über den Ausbau des Unternehmens berichten.

Von der Geschäftslage wird gesagt, daß trotz der Depression auf dem Holzweltmarkt nicht nur der Absatz auf dem innerrussischen Markt zu angemessenen Preisen möglich, sondern auch die Zahlungsweise der Hauptabnehmer, der staatlichen und halbstaatlichen Trusts, reibungslos und ohne Verluste gewesen sei. An das Ausland wurde im wesentlichen Papierholz verfrachtet. Bemerkenswert ist, daß nach neuen, mit der russischen Regierung getroffenen Vereinbarungen die Gesellschaft das Recht erworben hat, selbständig weitere Waldgebiete zu erwerben und auszubenten, sowie neu-gewonnene oder auch aufgekaufte Produkte im Inland und Ausland zu verkaufen, und zwar auch ohne Vermittlung der Außenhandelsstellen. In der Generalversammlung wurde über das neue Geschäftsjahr mitgeteilt, daß es sich bisher sehr gut angefallen habe. Zurzeit sei es schon möglich, nach Beendigung der Ausbauarbeiten die laufende Produktion voll auszunutzen. Auch der Ausbau der Filialen (bisher Moskau, Charkow, Kiew, Odessa, Rostow) sei fortgeschritten.

Ständiger deutsch-französischer Wirtschaftsausschuss.

Unter Vorsitz des bekannten Luxemburger Großindustriellen Emil Mayrich haben in den letzten Tagen in Luxemburg Besprechungen deutscher und französischer Persönlichkeiten stattgefunden. Die Beteiligten haben sich heute zu einem Komitee zusammengeschlossen, das die persönliche Führung unter seinen Mitgliedern aufrechterhalten soll und sich die objektive Klarstellung der kulturellen und wirtschaftlichen Tatsachen und Zusammenhänge in Deutschland und Frankreich zur Aufgabe macht. Bei voller Berücksichtigung der nationalen Gesichtspunkte will man auf diesem Wege eine fehlerfreie und dem beiderseitigen Interesse entsprechende Grundlage für die Beurteilung der Fragen gewinnen, die das Verhältnis der beiden Länder berühren. In Paris und Berlin soll je ein ständiges Bureau eingerichtet werden. Von beiden Seiten sind außer mehreren Forschern und hervorragenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens auch zahlreiche Vertreter großer Interessentengruppen vertreten, darunter das französische Comité des Forges, das Baumann- und Kohlenyndikat und französische Banken, von deutscher Seite Dr. Deutsch (A.G.), Louis Hagen, F. von Mendelssohn, E. von Stauff, Friz Thyssen und andere.

Von der Vereinigte Stahlwerke A.-G. Daß die vom Montantrust erworbenen Werke und Beteiligungen des Stinnes-Konzerns weitgehend auch als Finanztransaktion zugunsten der bisher stützenden Banken angesehen werden darf, bestätigt folgende Meldung. Danach sind die vom Montantrust erworbenen Werke und Beteiligungen nur vorläufig auf Rechnung der Vereinigten Stahlwerke gekauft. Sie werden nur zum Teil bei diesen verbleiben, zu einem anderen Teil als Austausch gegen Verbandsbeteiligungen an andere westdeutsche Konzerne übergehen, die für die betreffenden Arbeitsgebiete ein besonderes Interesse haben. Die Kohlenbeteiligungen des Montantrusts werden neu geordnet. Gelegentlich der Aufnahme der Vereinigten Stahlwerke A.-G. in das Kohlenyndikat wird beantragt, den Vereinigten Stahlwerken ab 1. Juni eine Verkaufsbeteiligung von 22.439.500 Tonnen, eine Verbrauchsbeteiligung von 11.807.520 Tonnen, eine Koksverkaufsbeteiligung von 2.523.208 Tonnen und eine Bricketverkaufsbeteiligung von 1.200.650 Tonnen zu gewähren. Die Verkaufsbeteiligung der Gelsenkirchener Bergwerks A.-G. soll nach dem Antrag auf 1,75 Millionen Tonnen herabgesetzt und ihre Verbrauchsbeteiligung aufgehoben werden. Die Beteiligungsziffer der Rheinischen Stahlwerke soll auf 7.035.800 Tonnen Verkaufsbeteiligung, 709.800 Tonnen Verbrauchsbeteiligung, 1.877.825 Tonnen Koksverkaufsbeteiligung und 400.400 Tonnen Bricketverkaufsbeteiligung festgesetzt werden.

Städtehaften und Wohnungsbaun. Von zunehmender Bedeutung für die Finanzierung des städtischen Wohnungs- und besonders gemeinnützigen Siedlungsbaun sind die von einzelnen Provinzen ins Leben gerufenen Provinzialstädtehaften, die ähnlich wie die alten Leihhaften für die Landwirtschaft, als Städtehaften für den städtischen Hausbau Hypothekengelder sammeln und zur Verfügung stellen. Nach dem Geschäftsbericht der Preussischen Zentralanstalt für die Städtehaften, Berlin, dem Zentralinstitut der bestehenden sechs Provinzialstädtehaften (neu Braunschweig, Posen, Westpreußen und Provinz Sachsen) waren die Städtehaften Brandenburg, Pommern, Ostpreußen und Hannover allein an 1055 Wohnungsneubauten beteiligt. Am 1. März befanden sich für 43 Millionen Goldpfandbriefe im Umlauf, die bekanntlich im Februar neben der preussischen auch die Reichsmündelhaftigkeit erhalten haben.

Die Stahlproduktion bleibt eingeschränkt. Die Monatsversammlung der Rohstahlgemeinschaft des A.-Produktionsverbandes und des Stabeisenverbandes legte am 27. Mai die Einschränkung der Rohstahlerzeugung für den Monat Juni in der gleichen Höhe wie bisher, also auf 35 Prozent fest.

Aus der Partei.

Badischer Parteitag.

Freiburg, 30. Mai. (Eig. Draht.) Auf dem badischen Parteitag, der am Sonnabend und Sonntag in Freiburg tagte, wurde zu dem kürzlich vom Landtag beschlossenen Lehrerbildungsgesetz mit allen gegen eine Stimme bei mehreren Enthaltungen ein Antrag angenommen, der der sozialdemokratischen Landtagsfraktion das Vertrauen ausdrückt. Wegen der Haltung der Fraktion wandte sich der Reichstagsabgeordnete Genosse Sed. Mannheim. Ihn trat der sozialistische Innen- und Kultusminister Remmele entgegen, der das Gesetz im Landtag eingebracht hatte, und für die Fraktion deren Berichterstatter Genosse Räder.

Das Referat über die Reichspolitik hielt Genosse Reichstagsabgeordneter Hermann Müller-Berlin. Der Parteitag protestierte nach gegen das Herunterreißen einer Reichsflagge durch einen Reichsmehrfachkandidaten bei dem Reichsamertag in Konstanz und die Nichterhaltung eines Versprechens der Reichsbahnverwaltung, indem sie die Linie München-Stuttgart-Rehl, nicht aber die verlangte Reintal-Einie Frankfurt-Basel elektrifizieren will.

Parteitag der oberen Rheinprovinz.

Köln, 30. Mai. (Eig. Draht.) Am Sonnabend und Sonntag tagte in der städtischen Festhalle in Koblenz der Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei Bezirk Obere Rheinprovinz. Verlauf und Debatte bewiesen das außerordentlich starke und rege Interesse, das die organisierten Parteigenossen den politischen Fragen entgegenbringen. Das Hauptreferat hielt der Genosse Wels über „Die Sozialdemokratie und die Zukunft Europas“. Er zeichnete in der ihm eigenen plastischen Weise ein Bild der gegenwärtigen politischen Situation, die mit Rückwärtsentwicklung zu einer europäischen und darüber hinaus einer internationalen Verständigung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet drängen. Das große historische Verdienst der Sozialdemokratie seit Ende des Krieges sei die Tatsache, daß sie unverblüdet und frei von nationalem Haß, aber erfüllt von der Notwendigkeit nationaler Existenz auf eine Beilegung der Welt und der Geister hingewirkt habe. Der Vortrag des Parteivorstandes wurde von den Delegierten mit großer Spannung angehört und durch langen Beifall quittiert.

Ueber die neuen Gemeindegesetze sprach der preussische Landtagsabgeordnete Genosse Haas. Unter den Entschuldigungen, die einstimmig angenommen wurden, hat eine politische Bedeutung, da sie sich mit Entschiedenheit gegen die unqualifizierten Angriffe des Generalreichskommissars für Rhein und Ruhr, Schmid, im Ministerium für die besetzten Gebiete richtet. Die als Gäste dem Parteitag beizuhenden Vertreter von Hessen-Nassau und Niederrhein schlossen sich der Entschließung und den darin aufgestellten Forderungen rückhaltlos an. Jedemfalls sind die rheinischen Sozialdemokraten nicht geneigt, sich fortgesetzt die Herausforderungen eines Mannes gefallen zu lassen, der in parteifanatischem Haß seine eigentliche Aufgabe, als vermittelndes Glied zwischen den Parteien im Rheinlande zu sehen, mit Füßen tritt.

Die Tagung selbst verlief bis zum Schluß völlig harmlos und ohne jeden Zwischenfall. Genosse Jörgiebel als Vorsitzender konnte das am Schluß mit Befriedigung feststellen. Seine Aufforderung, die ganze Kraft zusammenzufassen, damit die großen politischen Entscheidungen der nächsten Wochen mit einem Erfolge enden, wurde mit Jubel begrüßt. Die Versammlung schloß mit dem Gesang des Sozialistenmarsches.